



Courtoisie gegen Herrlichkeit, die formale Schlussverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, da ja für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß seit dem Abschluß des Gedankenustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugegetragen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ton gewisser halbamtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen Regierungen der Vierbündler, insbesondere aber auf eine Kundgebung der Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Auslande als halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Kundgebung — ich will, um meine Rede nicht allzusehr zu verlängern, für den Augenblick auf die wörtliche Wiedergabe verzichten, behalte mir aber, wenn es nötig werden sollte, ihre Wiedergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor — war eine angeklagt in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn Joffe, gegebene Antwort, ausführlich wiedergegeben, die — wie ein Einblick in die Akten lehrt — lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfindende Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verzerren und deren Ergebnisse zu gefährden.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgegeben möchte, daß die

Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen

können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in bereicherter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus dem vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabschätzbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Gieroni führte der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Czernin aus:

Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgenden hinzuzufügen: Die Gründe, welche wegen einer Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land kategorisch verweigert sind, doppelt zur Water.

Erstens technischer Art: Sie, wie wir, sind von hier aus mit direkten Drähten mit unseren resp. Ihren Regierungen verbunden und täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit Petersburg und Wien, von uns mit unseren Zentralen statt. Wie alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unanfällig erschwert und verzögert werden.

Nach wichtiger aber als dieser Grund ist das zweite Wort: Sie, meine Herren, haben seiner Zeit an uns die Einladung für allgemeine Friedensverhandlungen ergoßen lassen. Wir haben dieselbe angenommen und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein schuldhaftes Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet und

heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbünd.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, sofort einzugreifen. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, um

das Zustandekommen dieses Separatfriedens zu verhindern.

Wir weigern uns, den westlichen Mächten diese Gelegenheit zu liefern. Aber wir waren bereit, an einem noch zu bestimmenden Orte die formale Schlussverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den meritorischen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Neuvereinbarung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte.

Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entworfenen, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen besetzt sind, so werden wir zu einem alle beteiligenden Ergebnisse gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großwesir Kalaat Pascha und Justizminister Poyrazlı schlossen sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab:

Es liegt mir hier eine Anzahl Bunksprüche und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Bunksprüche und Aufrufe verstoßen zweifellos gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Bunksprüche und Aufrufe auf das entschiedenste Protest ein.

Helmarschallleutnant Eggelsen, Oberst Gantzen und General der Kavallerie Jaget Pascha schlossen sich diesem Protest im Namen des I. u. I. Armeeoberkommandos, der bulgarischen Obersten Heeresleitung und der Osmanischen Armee an.

Auf Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trozki wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

## Artilleriekampf südöstlich Ypern. — Nachtgefecht bei Zandvoorde. — Luftkampfverluste im Dezember. — Italienischer Angriff westlich Asiago abgewiesen.

Amlich, Großes Hauptquartier, 10. Januar 1918. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern am Nachmittage lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Zandvoorde Scheiterle ein starker nächtlicher Erkundungsvorstoß der Engländer.

Im der übrigen Front blieb die Geschützigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Jassellbalkone und 119 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgepörrt sind.

Wir haben im Kampf 82 Flugzeuge und 2 Jassellbalkone verloren.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

### Mazedonische

und

### Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 10. Januar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

## Der österreichische Bericht.

Nichtamtlich, Wien, den 10. Januar 1918. Amlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Westlich Asiago wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen. Der Chef des Generalstabes.

## Die französischen Militärmissionen in Rußland.

Roady „Kotwa Schin“ hat Trozki verlangt, daß die französische Militärabordnung ihr Aufklärungsbureau schlicke, ihre drahtlose Telegraphie aufhebe und ihre Offiziere über die Grenze schide.

Neuer berichtet aus Petersburg vom 6. Januar: Das Informationsbureau der französischen Militärmission wird beschuldigt, falsche Berichte verbreitet zu haben, die geeignet sind, die Loyalität in verhängnisvoller Weise anzuregen. Es wird der Name eines jungen Offiziers erwähnt, der eine unrichtige Erklärung der deutschen Friedensbedingungen gegeben haben soll und der Anstalt sofort verhaften hat. Die französischen Offiziere werden aus den Gebieten, wo Kriegszustand herrscht, sofort nach Petersburg zurückgerufen werden.

Wie „Matin“ erfährt, ist der dem General Berthelot bei der französischen Militärmission in Rumänien beigegebene General Tabouis als Kommissar der französischen Republik beim Generalsekretariat der Ukraine beurlaubt worden.

## Konferenz der Entente-Sozialisten.

London, 9. Januar. (Neuermeldung.) Der parlamentarische Ausschuh des Trade-Union-Kongresses und der Vollziehungsausschuh der nationalen Arbeiterpartei beschloßen auf ihrer Sitzung in London, den Arbeiter- und sozialistischen Parteien der alliierten Länder, Amerika eingeschlossen, zu empfehlen, eine weitere Zusammenkunft zur Beratung über die Kriegsziele der Alliierten abzuhalten. Es wurde vorgeschlagen, diese Zusammenkunft am 20. Februar in London abzuhalten.

## Die englische Arbeiterschaft zur Wilson-Botschaft.

London, 9. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der parlamentarische Ausschuh des Gewerkschaftskongresses, der nationale Vollziehungsausschuh der Arbeiterpartei und der parlamentarische Ausschuh des Cooperative Congress veröffentlichten gemeinsam eine Erklärung, in der

Wilson's Kundgebung über die Kriegsziele der Alliierten willkommen geheißen

und gesagt wird, daß die große Zeitkass und der weite Gesichtskreis in Wilson's Botschaft besonders darin zum Ausdruck kommen, daß die Friedensverhandlungen, wenn einmal begonnen, vollständig öffentlich geführt werden und daß sie keine geheimen Abmachungen enthalten oder gutheißen sollen.

Weiter heißt es: der britische Arbeiter heißt auch den Ausdruck der Sympathie sehr willkommen, den Wilson gegenüber der verzweifelten Anstrengung Rußlands gebraucht, die volle Freiheit zu erlangen. Die britische Demokratie wünscht nichts aufrichtiger, als daß die russische Demokratie überzeugt sein soll, daß alle Alliierten in ihrem Kampf für Frieden und Freiheit und ihrer Bemühung, die gegensätzlichen Ergebnisse der Revolution zu erhalten, auf ihrer Seite stehen.

Die Worte des Präsidenten über die Freiheit der Meere sind wegen ihrer Klarheit und erschöpfenden Darlegung zu begrüßen. Wir sind mit seiner Auslegung von der Freiheit der Meere, der die Mittelmächte solche Bedeutung beilegen, sämtlich einverstanden und die Mittelmächte können sich nicht gegen diese wenden, wenn sie tatsächlich aufrichtig alle angreifenswerten Bestrebungen ablehnen. Keine andere Formel ist so sehr der Zustimmung sicher, daß eine Inselmacht wie Großbritannien gezwungen ist, ihre eigene Sicherheit und die des Reiches in Kriegszustand zu schätzen.

Wir heißen Wilson's Forderungen willkommen, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Schließlich mit einem Wort gesagt, Wilson's Programm ist im wesentlichen dem von den englischen Arbeitern aufgestellten ähnlich. Meinungsverschiedenheiten im einzelnen entziehen sich der Erörterung.

## Die polnische Regierung in Berlin.

Dem polnischen Regentenschatrat und dem polnischen Ministerpräsidenten, die bis Mittwochabend in Berlin weilten, sind in Empfangen durch Kaiser und Minister die zu erwartenden besonderen Ehrungen erwiesen worden. Darüber wird in der Presse eingehend berichtet. Den Verhandlungen, die stattgefunden haben, sind nur folgende Zeilen gewidmet:

Die Formittagsstunden am 9. ds. Ms. waren erfrucht Arbeit gewidmet. In Nachkonferenzen wurden die laufenden Fragen behandelt, unter anderem die Lunettefrage, auf die die Vertreter Polens viel Gewicht legen. Es wird berichtet, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Weitere Verhandlungsthemen erfährt man aus einer Mitteilung des Polnischen Pressebüros, das von dem polnischen Ministerpräsidenten unterrichtet wurde. Danach wurden insbesondere besprochen: die Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die baldmöglichste Schaffung einer polnischen Armee auf breiter nationaler Basis. In dieser militärischen Angelegenheit wurde von polnischer Seite ein Organisationsprojekt vorgelegt, das bereits vom polnischen Ministerium angenommen und vom Regentenschatrat genehmigt worden ist. Ferner wurde die Aufhebung einer ganzen Reihe Ausnahmemaßregeln im Königreich Polen angeregt, die für die Bevölkerung besonders drückend sind. Bezüglich der Requirierung von Eisen wurde eine Denkschrift vorgelegt. Großes Gewicht wurde gelegt auf die Erlangung der Lunette und Zurückziehung einer ganzen Reihe einzelner Persönlichkeiten treffender Maßnahmen.

Die polnischen Regierungsherren sind nach Wien weitergereist.

## Die Frage der altrussischen Bundesrepublik.

Petersburg, 9. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Seitern fand ein Devisenwechsel zwischen Vertretern des Hauptausschusses der Sozialrevolutionäre der Linken und dem Hauptausschuh der Sozialrevolutionäre in Kiew statt. Ein Mitglied des Ausschusses der Sozialrevolutionäre der Linken machte den Vorschlag, Vertreter der ukrainischen Sowjets und Abgeordnete der Bauern zum altrussischen Bauernkongress zu entsenden, wo die Frage der Errichtung einer altrussischen Bundesrepublik gebrüt werden wird. Der dritte Bauernkongress Alt-rußlands wird am 12. Januar eröffnet werden.

Auf diesem und auf dem am 8. Januar zusammentretenden Kongress der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten wird über die Befestigung der Gewalt der Räte der Soldaten, Arbeiter und Bauern sowie über die Lösung aller durch die Revolution aufgeworfenen, grundlegenden Fragen verhandelt werden.

## Die annullierte Parlamentsauflösung in Spanien.

Madrid, 10. Januar. (Sabasmeldung.) Der Ministerrat hat beschlossen, dem König einen neuen Erlass betreffend die Auflösung des Parlaments vorzulegen.

Madrid, 10. Januar. (Sabasmeldung.) Nach Blättermeldungen ist der Präsident des spanischen Arbeitgeberverbandes für Metallurgie und Mechanik, Jose Barret, in Barcelona ermordet worden. Ein Pastor und ein Lehrer der Handelsschule, die ihn begleiteten, wurden schwer verletzt. Auf die Betroffenen wurden von einer Anzahl Individuen zahlreiche Schüsse abgegeben. Die Täter entkamen.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 9. Januar. Erfolgreich durchgeführte Angriffe brachten einem unserer erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten, Kapitänleutnant Stelbrink, im Westausgang des Barmellkanals einen Erfolg von

27 000 Br.-Reg.-To.

ein. Von den 6 zum größten Teil bewaffneten Dampfern wurden 3 große eisbeladene aus einem durch Berthier, Fischdampfer, Luftschiffe und Flugzeuge besonders stark gesicherten Geleitzug herangefahren. Art und Stärke der Sicherung lassen darauf schließen, daß es sich um Schiffe mit ganz besonders wertvoller Ladung handelte. Einer dieser Dampfer war vom Einheitsstyp und mindestens 5000 To. groß.

Unter den übrigen vertriebenen Schiffen befand sich der brasilianische (nach Angabe der Besatzung englische) bewaffnete Dampfer Ceara (3324 To.). Außer den 6 Dampfern wurde ein Bollschiff von mindestens 1500 To. vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Einheitsdampfer sollten wegen der Schnelligkeit des Banes besonders geeignet sein, die durch den U-Boot-Krieg rasch wachsenden Verluste auszugleichen. Nun ruht bereits mindestens der zweite Einheitsdampfer auf dem Grunde. Ueber weitere Misserfolge berichtet die fremde Presse: Der Eindruck festigt sich, daß diese Schnellbauten gleich allen übrigen Schiffen erheblich rascher vertriebt werden, als sich ihr Ertrag herstellen läßt.

## Angriffsplan gegen die deutsche Flottenbasis?

Ein Reuters-Telegramm aus Washington, so schreibt Wörreanord im „Wochenblatt“ vom 4. Januar, verdient besondere Aufmerksamkeit. Es heißt darin, daß ein entscheidender Plan ausgearbeitet sei zur wirksameren Ausübung der amerikanischen Flotte; Uebereinkommen sei getroffen mit der britischen Regierung, um gewisse Pläne zur Abwehr der U-Boot-Gefahr auszuführen. Es scheint, in Verbindung mit anderen Ereignissen betrachtet, daß der U-Boot-Krieg jetzt eine so ernste Bedeutung erlangt hat, daß die Verbandsmächte sich entschlossen haben, das Uebel an der Wurzel zu fassen und einen Angriff auf die deutsche Flottenstationen zu unternehmen. Sie haben versucht, die U-Boot-Basis in Flandern durch einen Landangriff zu erreichen, es glückte nicht. Sie haben versucht, die Gefahr mit diesem Kampf gegen die U-Boote zu beseitigen; das ist auch nur in sehr beschränktem Maße geglückt. Die Anzahl der vertriebenen Schiffe ist in den letzten Wochen in raschem Steigen begriffen. So kommt man darauf, anzunehmen, daß diese „gewissen Pläne“ in einem Angriff auf die deutsche Flottenbasis bestehen. Die Erfahrungen der Dardanellen sind allerdings nicht sehr ermutigend für die Engländer! Und es kann sein, daß sie va banquo spielen mit ihrer maritimen Ueberlegenheit. Glaubt es ihnen, die deutsche Flottenbasis zu zerstören, so wird die ganze Kriegslage radikal verändert. Glaubt es nicht, so wird dasselbe der Fall sein, nur in entgegengesetztem Sinne.

Tragische Kunde.

Der Volkzeit ist manches schon gelungen — sogar die Gräser hört sie manchmal wachsen — sie fingiert Flug die allerschwersten Jungen zum Zwecke, sie gehörig zu verknagen.

Der Leser denkt, ich will ihn heute foppen — nein, es geschehen Wunder hier auf Erden selbst in Berlin: der Präsident von Oppen soll staatsanwaltlich jetzt verurteilt werden.

Des Ordnungsstaates streng gerechte Feme wird ihn zum Orte der Zerstückung führen. Dort kann er lernen, daß sich die Extreme wie oft im Leben, so auch hier berühren.

Und die Moral bleibt, daß zu bösen Buben oft werden selbst die allerfrömmsten Knaben; denn gar zu leicht fällt einer in die Gruben, die er für andre sorglich hat gegraben!

Paulsen.

Die Entwicklung der Kaliindustrie

Die Kaliindustrie beansprucht ein besonderes Interesse, weil sich das Reich schon einmal veranlaßt sah, diese durch höchst ungesunde spekulative Neugründungen gerrüttete Industrie zu sanieren, und dann, weil die Idee eines Kalimonopols diskutiert wird, wobei die meisten wohl an ein Handelsmonopol, mindestens an ein Ausführungsmonopol denken. In der Kaliindustrie selbst hofft man aber offenbar, gerade aus dem privatwirtschaftlichen Betrieb der Ausfuhr nach dem Kriege große Reichthümer zu sammeln. Während des Krieges ist der Kaliindustrie die Aufgabe zugefallen, den Bedarf der deutschen Landwirtschaft an künstlichen Düngemitteln zum größten Teil zu befriedigen, da Phosphate und Stickstoffdüngemittel nur in geringen Mengen zur Verfügung stehen. Doch hat die Kaliindustrie auch schon während des Krieges an der der Menge nach geringen Ausfuhr sehr gut verdient. Bekanntlich werden für die Ausfuhr an sich höhere Preise berechnet, und diese Preise werden zum Friedenskurs der Mark in die Auslandswährungen umgerechnet; die auf diese Weise erhaltenen ausländischen Zahlungsmittel oder Guthaben werden der Reichsbank zur Verfügung gestellt, die sie zum jeweiligen — augenblicklich noch sehr hohen und vor kurzem noch höheren — Kriegskurs der ausländischen Zahlungsmittel umrechnet. In einer Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats Anfang November wurde mitgeteilt, daß im Laufe des Jahres 1917 schon 5 Millionen Mark Währungs-Sondergewinne den Gesellschaftern zugeführt wurden, und daß das Syndikat weitere 3 Millionen Mark aus demselben Erwerbe zur Verteilung bringen werde. Leider hat sich das Reichschatram die Gelegenheit entgehen lassen, diese hohen Sondergewinne der Kaliindustrie und ebenso des Kohlenbergbaus, der Eisenindustrie usw. dem Reichs-fiskus zuzuführen.

Die Hoffnung auf ein gutes Friedensgeschäft hat zu einer sehr erheblichen Höherbewertung der Kalifutur und Kalialien geführt, einer Höherbewertung, die weit über die durch verschiedene Kalipreiserhöhungen ermöglichten augenblicklichen Gewinnchancen hinausgeht. Zwar behaupten die Kalialieninteressenten, daß diese Preiserhöhungen keineswegs genügen und der Steigerung der Löhne und Materialkosten nicht entsprechen. Aber dem steht doch gegenüber, daß die Kalialienwerke im späteren Verlaufe des Krieges ihre Dividenden kräftig erhöhen konnten und daß auch für das abgelaufene Geschäftsjahr mit noch höheren Ausschüttungen gerechnet wird. So verteilten die Deutschen Kalialienwerke im Jahre 1915: 0 Proz., im Jahre 1916: 5 Proz. und für 1917 rechnet die Börse mit einer Ausschüttung von 10 Proz. Trotzdem sind die Kurssteigerungen noch unbeschältnmäßig höher, als diesen Dividendensteigerungen entspricht.

Im Jahre 1917 hat der Bundesrat ein Abkäuferbot für neue Schächte erlassen. Dadurch sind den bestehenden Werken gewisse Monopoleigenschaften beigelegt worden. Diese Lage will die Kaliindustrie ausnutzen. Während früher Kaligewerkschaften und Kalialienwerke von größeren Unternehmen aufgekauft wurden, um eine Verringerung der Syndikalquote und damit eine Verschlechterung der Produktionsbedingungen hinan zu halten, kaufen jetzt die großen Konzernwerke auf, um sie mit ihren bisherigen zu finanzieren und technisch bis zum Höchstmaße ausnubaren Einheiten zu verschmelzen. Daneben macht sich das lebhafteste Bestreben geltend, die Kalifutur weiter zu verarbeiten und chemische Fabrike n zu diesem Zwecke zu errichten. Die meisten dieser Konzentrationsbestrebungen stehen allerdings noch im Anfangsstadium. Den Anfang hat das der Diskonto-Gesellschaft nahegehende Konzern Aichersleben durch Angliederung der Kalialienwerke Hahner gemacht. Nun folgen auch die Deutschen Kalialienwerke, die vorerst beabsichtigen, eine Reihe von Werken, an denen sie bisher nur beteiligt waren, gänzlich aufzukaufen.

Diese Bestrebungen stoßen auf gewisse Widerstände. Man wird um den Preis nicht handelsmäßig. Als typisch mag die Ablehnung des Angebots der Deutschen Kalialienwerke gelten, für einen Kurs der Gewerkschaften zu einem oder zwei eigenen Aktien zu gewähren. Die Gewerkschaft dieser Gewerkschaft schähen ihren Besitz so hoch ein, daß sie mit drei Aktien der Deutschen Kalialienwerke nicht zufrieden sind, und motivieren ihreg Entschluß damit, daß die Aktien der Deutschen Kalialienwerke vor etwa zwei Monaten, unter Ausnutzung des falschen Gerüchtes, ein sehr hohe Verbindung der Deutschen Kalialienwerke mit dem Aichersleben-Konzern bevor, plötzlich um 60 Proz. in die Höhe gehet wurden. Die Deutschen Kalialienwerke dagegen behaupten, daß allein die Bewertung der Beitzungun-gen dieser Gesellschaft dem heutigen Kursstande entspricht, nicht gerechnet die Eigenbesitzungen der Deutschen Kalialienwerke, nämlich die Gewerkschaften Bernerode, Neu-Weichterode, Nordhäuser Kalialienwerke und Lubwigsfall, für die ein Kapital von 21 Millionen Mark aufgewendet worden sei.

Es wird sich empfehlen, daß das Reichschatram möglichst schnell zu einer Präzisierung seiner Stellung gegenüber dem Plan einer Monopolisierung des Kalifuturs oder mindestens der Kalialien-fuhr gedrängt wird, um aus übertriebenen Höherbewertungen folgende Enttäuschungen und Erschöpfungsprüge zu verhindern.

Groß-Berlin

Achtung! Stadtverordnetenwahl!

Parteienoffen!

Am Sonntag findet die Stadtverordneten-Erziehungswahl im 11. Kommunalwahlbezirk statt.

Gewählt wird von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Kandidat der Sozialdemokratischen Partei ist der Redakteur

Germann Rathmann

Michaelkirchplatz 1.

Parteienoffen! Die Gegner machen große Anstrengungen, uns dieses Stadtverordnetenmandat zu entreißen. Jeder sozialdemokratische Wähler muß daher frühzeitig auf dem Posten sein. Vergesst es nicht! Wichtiger als je ist in der gegenwärtigen Zeit eine starke Vertretung des werktätigen Volkes im Stadtparlament.

Also Sonntag auf zur Wahl!

Mit Wahllegitimation genügt: Steuerzettel, Mietkontrakt oder Militärpaß!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

J. A. G. Weisner.

Ein siebzigster Geburtstag.

Der langjährige Leiter der Nachterpedition des „Vorwärts“, Fritz Jubelil, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Die Kriegswirren haben es mit sich gebracht, daß wir den Siebzigjährigen nur als Angehörigen unseres Betriebes, nicht als Parteigenossen feiern können. Aber ein Menschenleben, im Dienst der Arbeiterbewegung ausgebracht, vermag sich nicht, wenn es auch in jüngster Zeit eine Wendung genommen hat, die wir von unserem Standpunkt aus als eine bedauerliche politische Zerung betrachten müssen. Jubelil ist seit 1893 Vertreter von Teltow-Verderf im Reichstag und hatte, bis Bärzburg, auf seinem Parteitag gefehlt. Bei Beginn des Krieges gehörte er zu denen, die die Politik der Reichstagsfraktion am entschiedensten vertrat, er erlitt deswegen aus den Kreisen seiner jetzigen Parteigenossen heraus die schwersten persönlichen Angriffe, fand es aber später doch richtig, bei ihnen Anschluß zu nehmen. Doch darüber mit ihm zu rechten, ist heute der am wenigsten geeignete Zeitpunkt. Denn, was immer man sagen mag, die Rechtschaffenheit seines Charakters, die Ehrlichkeit seines Willens sind über jeden Zweifel erhaben, und darum erfreut sich Fritz Jubelil auch heute noch im „Vorwärts“-Haus der größten persönlichen Achtung und Beliebtheit. Möge es ihm noch lange vergönnt sein zu wirken, wie es seiner Ueberzeugung entspricht. Möge er auch (dieser nicht ganz gewöhnliche Geburtstagswunsch sei erlaubt) in dieser freudlichwünschten Gegenwart mit uns an die Vergangenheit denken, deren Erinnern uns eint, und an die Zukunft der Arbeiterbewegung, die ein geschlossenes Zusammengehen fordern wird.

Aber wie immer Fritz Jubelil über diese Dinge denken mag, er war uns ein guter Kamerad, ist noch jetzt, auf seinem vom Politischen getrennten Gebiet, ein treuer und angesehener Mitarbeiter unseres Betriebes. Meinungsverschiedenheiten sollen die Herzlichkeit dieses Geburtstagsglückes nicht trüben!

Strenge Winter in Berlin.

Den diesjährigen Winter können wir nach seinem bisherigen Verlauf noch nicht für besonders streng halten. Dagegen dürfte uns allen der vorjährige Winter als einer der strengsten gelten und lange in unangenehmer Erinnerung bleiben. Daß aber dieses Urteil über den Winter 1916/17 denn doch zu streng ist, zeigte Professor Hellmann in einem vor der Meteorologischen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über „Strenge Winter“. Er hat zur Messung der Strenge eines Winters die Summe der Durchschnittstemperaturen aller Eistage der fünf Monate vom 1. November bis 31. März benutzt. Eistage nennt man diejenigen Tage, an denen die Temperatur nicht über 0 Grad steigt. Bei dem Verfahren Hellmanns ergibt sich, daß der vorjährige Winter, so hart er auch zeitweise war, im ganzen keineswegs den sehr strengen zuzurechnen ist. Als sehr streng empfanden wir ihn infolge einer Selbsttäuschung, die durch einige besondere Umstände bewirkt wurde. Vorangegangen war ihm eine zusammenhängende Reihe von sieben milden Wintern, die uns verwöhnt hatten. Auch setzte im vorjährigen Winter die Kälte erst spät zu einem Zeitpunkt ein, wo wir fast schon dem Frühling entgegenhofften. Und zum Unglück für uns kam dazu der Kohlenmangel, der und die Abwehr der Winterkälte erschwerte. Hellmann hat für Berlin sein Verfahren auf die aus den Wintern 1766/67 bis 1916/17 zusammengestellten Beobachtungsergebnisse angewendet. Hiernach will er von den 150 Wintern nur 24 als sehr streng gelten lassen, darunter als den allerstrengsten den Winter 1788/89. Der Vortragende betonte mehrere kennzeichnende Eigenschaften, die ein sehr strenger Winter in Berlin zu haben pflegt. Gewöhnlich treten in ihm drei bis vier Abschnitte böser Kälte auf, die durch Zusammenstoß unterbrochen werden. Wenn er schon im November einsetzt und erst im März endet, so bringt er doch die schlimmste Kälte in seiner Mitte, von Dezember ab. Die Andauer der Kälte wird begünstigt durch eine dicke Schneedecke, die sich lange Zeit hält. Die für Berlin bekannt gewordene Höchstdauer wurde im Winter 1887/88 ermittelt, wo sechzig Tage hindurch, vom 5. Januar bis zum 5. März, der Boden mit Schnee bedeckt war. Die tiefsten Temperaturen liegen für Berlin in sehr strengen Wintern gewöhnlich zwischen 20—25 Grad und manchmal noch darunter; im Winter 1788/89 wurden 25,6 Grad erreicht. Dabei herrscht gewöhnlich heftiger Wetter, und die Winde kommen überwiegend aus Ost und Nordost. Die Ergebnisse der 150 Jahre zeigen, daß nur ganz selten zwei sehr strenge Winter aufeinander folgen, aber oft die sehr strengen Winter von strengen umgeben sind. Regelmäßigkeiten der Wiederkehr strenger Winter in bestimmten Zeitabschnitten möchte Hellmann aus den Ergebnissen nicht mit Sicherheit folgern. Unter den letzten 150 Jahren fallen ihm aber die Jahre 1788—1845 dadurch auf, daß sie viele sehr strenge Winter, im ganzen siebzehn hatten. Dagegen gab es in 1846—1917 nur sieben sehr strenge Winter, so daß er geradezu eine Klimawandlung annehmen zu müssen glaubt. Auf Fehler der Beobachtungsergebnisse seien die erheblichen Unterschiede zwischen den beiden Reihen nicht zurückzuführen, und auch aus dem Einfluß der Großstadtkonzentration könne man die anscheinende Klimaschwankung nicht hinreichend erklären.

Verlierer Lebensmittel.

Bei der weiteren Gemüsehverteilung auf Abschnitt 126 der Lebensmittelkarte werden nunmehr die Einwohner der im Westen und Teilen des Nordwesten Berlins gelegenen Protokommissionen zur Anmeldung aufgefordert. Welche Protokommissionen in Betracht kommen, ergibt die Bekanntmachung des Magistrats an den Anschlagtafeln. Die in jenen Protokommissionen ansässigen Einwohner, die Gemüseh beziehen wollen, haben in einer der Verkaufsstätten, welche für den Bezirk ihrer Protokommission gebildet sind, am Freitag, den 11., und Sonnabend, den 12., Abschnitt 126 der Lebensmittelkarte gegen Bescheinigung des Verkäufers abzugeben. Der Verkauf des Gemüshes findet gegen Rückgabe der Bescheinigung nur in der Verkaufsstätte, in der die Voranmeldung erfolgt war, in der Weise statt, daß die Inhaber der Bescheinigungen von Nr. 1—400 am Dienstag, den 15., von Nr. 401—800 am Mitt-

woch, den 16., und von Nr. 801 ab am Donnerstag, den 17., zum Einkauf berechtigt sind.

Verteilung von Kunsthonig und Rübensaft. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats entfällt auf den Abschnitt 132 der Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Kunsthonig oder 1/2 Pfund Rübensaft. Der Preis für Kunsthonig beträgt im Ausmaß 37 Pf. für 1/2 Pfund und 78 Pf. für 1 Pfund und in fertigen Pfundabpacken 75 Pf. für 1 Pfund. Der Preis für Rübensaft beträgt für 1/2 Pfund 88 Pf. und für 1 Pfund 80 Pf. Der Abschnitt 132 ist nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Zudeckung in das Kundenverzeichnis eingetragen ist, gegen Empfangsbcheinigung abzuliefern, und zwar in der Zeit vom Freitag, den 11., bis Montag, den 14., einschließlich. Nachträgliche Anmeldungen finden nicht statt. Der Käufer ist verpflichtet, nach Rückgabe der vorhandenen Vorräte Kunsthonig oder Rübensaft zu entnehmen. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist bei den Geschäften gegen Rückgabe der Empfangsbcheinigungen zur Verfügung stehen.

Protest der Kriegsbeschädigten gegen die Vaterlandspartei.

„Das Wahlrecht der Kriegsteilnehmer“, so lautet die Tagesordnung der allgemeinen Mitgliederversammlung, die der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer am Sonntag, den 18. Januar, im Saale des Lehrerbereinsamtes am Alexanderplatz, vormittags 10 1/2 Uhr, abhält. Referenzen hierzu sind die Bundeskammeraden Reichstagsabgeordneter Sibelsch und Reichstagsabgeordneter Davidsohn. Außerdem wird sich die Versammlung mit den Ausschreitungen beschäftigen, die auf der Versammlung der Vaterlandspartei gegen Kriegsbeschädigte verübt worden sind. Bericht hierüber erstattet der Bundesvorsitzende Erich Kuttner. Um zahlreiches Erscheinen, namentlich aller kriegsbeschädigten Kameraden wird gebeten. Einladungskarten sind zu haben auf der Geschäftsstelle des Bundes, SW. 68, Lindenstr. 114, wo auch Beitrittserklärungen entgegengenommen werden.

Weitere Einschränkungen des Personenverkehrs

werden vom 13. Januar an in Kraft greifen, und die Eisenbahnbehörden benutzen diese Gelegenheit, um das Publikum auf die Verderblichkeit des Reisens hinzuweisen. „Der unruhig reist, schädigt die Kriegsführung“ — „Wer reisen will, frage sich vorher: Ist meine Reise wichtiger als die Abfuhr von Kohle oder als die Herstellung von Munition oder als die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln?“ — „Niemand, der reisen will, denke, daß es auf ihn nicht ankommt, und daß eine Person die Eisenbahn nicht belastet. Auf jeden kommt es an!“ — Mit solchen und ähnlichen Kern- und Schlagworten sucht die Eisenbahnbehörde von der Vernichtung ihrer Verkehrsankalten abzuweichen.

Wir möchten untererleids den Herren den Rat geben, sich einmal persönlich durch eine längere Eisenbahnfahrt — aber nicht in amtlicher Eigenschaft in der ersten oder zweiten Klasse, sondern als private Normalpassagiere dritter Klasse — von den mannigfachen Annehmlichkeiten einer Reise in gegenwärtiger Zeit zu überzeugen. Sie würden dann zweifellos zu dem Resultat kommen, daß der heutige Tag wahrhaftig kein Reich aus Uebermut oder zum Vergnügen die Eisenbahnen in Anspruch nimmt. Wer sich den Strapazen aussetzt, die ihn hier erwarten, der muß schon einen sehr ernsten und zwingenden Anlaß dazu haben, und über die unabwendbare Notwendigkeit helfen ihm dann auch die klangvollsten amtlichen Ausrufe selber nicht hinweg.

Die neuen Kohlenkarten für Groß-Berlin werden wahrscheinlich am 15. Januar ausgegeben werden. Nähere Bestimmungen dürften bereits morgen bekannt gemacht werden.

Sämtliche Hauschlachtungen von Schweinen müssen bis spätestens 31. Januar vorgenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt können Hauschlachtungen von Schweinen nur noch in wirtlichen Köstäden erfolgen, wenn z. B. besondere Umstände, wie etwa zu befristender Salumangel, eine derartige Maßnahme rechtfertigen. Anträge auf Hauschlachtungen von Schweinen sind bis spätestens Freitag, den 25., im Bureau der Abteilung für Fleischversorgung, Stralauer Straße 3—6 I, Zimmer 36, mündlich unter Vorlegung einer Bescheinigung der zuständigen Protokommission über die Zahl der Hauschlachtungen zu stellen. Wird die Genehmigung zur Hauschlachtung nicht erteilt, so steht gegen den ablehnenden Bescheid die Beschwerde bei der Königl. Preuß. Provinzialfleischstelle, Schulstraße 10, offen.

Lichtspiele Tauentzien-Palast. Eine junge bulgarische Schauspielerin Nanja Zlatkewa wird heute Freitag zum erstenmal im Film in Deutschland spielen. Das Werk heißt: „Die sterbenden Verlen“, ein Detektivfilm von G. A. Dupont, der von Rudolf Meinert inszeniert ist.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Cöpenicker Str. 66/67, an der Untergrundbahn Inselstraße, bringen vom 11. bis 17. Januar das große Filmpraktikum „Lumpengretel“ mit Reonine Kitzberg in der Hauptrolle in Uraufführung.

Charlottenburg. In der Stadtverordnetenversammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung der neu- und wiedergewählten Stadtverordneten und Stadtdirektoren; unter den ersteren befindet sich Genosse Dirsch, unter den letzteren Genosse Adens. Aus der Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Scholz sind die Worte hervorzuheben, die sich auf die innere Politik Berlins beziehen. Unter Hinweis auf den Widerstand, den die Wahlreform in gewissen Kreisen findet, erinnerte er daran, daß auch die Steinische Städteordnung vor 110 Jahren auf den gleichen Widerstand gestoßen sei, daß sie sich aber vorzüglich bewährt habe. Dem Volke, das in beispielloser Weise seine Pflicht getan hat, müsse unbedingt sein Recht gegeben werden. Die Gegner der Wahlreform sollten eingedenk sein an die Worte des Königsberger Polizeidirektors Frey zur Einführung der Städteordnung: „Jura non veredit de senectute. Ewige Vormundschaft hemmt seine Reife.“ — Die Konstituierung der Versammlung ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Dr. Freytag, des Stellvertreters Hirsch und der Beisitzer Dand, Ruzh, Marzahn und Dr. Gensmer. Von der Mitteilung betreffend Gewährung von Gnadensbeholdung an Hinterbliebenen von Verdienstverpflichteten und Arbeitern nahm die Versammlung Kenntnis. Die Forderung des Protokollrats betreffend die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschule für Mädchen wurde genehmigt, ebenso eine Vorlage, die die Nachbewilligung von weiteren 6000 M. zur Verabreichung von Frühstück an Schulkinder vorsieht, und die von uns bereits inhaltlich mitgeteilte Vorlage betr. Kriegsteuerzulagen.

Schöneberg. Möbelversorgung. Der Magistrat hat die Vorbereitungen für eine Versorgung der mangelbemittelten Bevölkerung mit Möbeln im wesentlichen abgeschlossen. Er stellt der Bevölkerung vorläufig 300 bis 400 Zweizimmer-Bwohnungen zum Preise von etwa 800.— M. sowie 250 Dreizimmer-Bwohnungen zum Preise von etwa 1800.— M. zur Verfügung. Die Zweizimmer-Bwohnungen bestehen aus Stube und Küche und enthalten: 2 Bettstellen, 1 Garderobenschrank, 1 Kommode, 1 Tisch, 1 Stuhl, 2 Stühle und 1 Küchenschrank, 1 Küchensack, 1 Topfbrett, 1 Stuhl. Die Dreizimmer-Bwohnungen bestehen aus Schlafkammer, Wohn- und Esszimmer und Küche und enthalten: 2 Betten, 1 Schrank, 1 Kommode, 1 Spiegelschrank, 2 Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Büfet, 1 Urlicht, 1 Tisch mit 2 Bänen, 4 Stühle und 1 Küchenschrank, 1 Küchensack, 1 Küchenschrank, 2 Stühle, 1 Kohlenkasten und 1 Handwapphalter. Ferner

haben eine Reihe einzelner Rücken zum Preise von etwa 300 M. bereit. Endlich hat die Stadt einen größeren Posten Patronen für die Schießschießstände zu billigen Preisen gekauft. Die Patronen sind vom 20. Januar ab in den Schaufenstern des Hauses Hauptstraße Nr. 11 zu haben. In demselben Hause wird im Februar gleichzeitig ein Verkauf von Kleidern und Wäsche für die minderbemittelte Bevölkerung eröffnet. Anträge von Einwohnern auf Zulassung der Wohnungseinrichtungen sind vom 20. Januar ab an den Magistrat, Deputation für Kleider- und Möbelversorgung, zu richten.

Die Ausgabe der neuen Kohlenkarten für Schöneberg erfolgt in Zimmer 136 des Neuen Rathhauses und zwar: für Häuser mit Dienstboten in der Zeit vom Freitag, den 11. bis Dienstag, den 15. Januar einfaßlich, die Ausgabe der Sonderkarten für Mieter in Häusern mit Zentralheizung am Mittwoch, den 16. Januar. Die Kohlenkarten werden an die Hausbesitzer ausgegeben, welche zur Weitergabe an die Mieter verpflichtet sind. Alles Nähere ergibt sich aus der an den Anschlagtafeln erlassenen Bekanntmachung.

Reinholdsdorf, Graupenverteilung. Auf Abschnitt 188 der Lebensmittelkarte werden 150 Gramm Graupen verteilt. Die Ablieferung des Teiles A des Abschnitts 188 muß bis einschließlich Montag bei einem Kleinhändler erfolgen.

## Soziales.

Die Stellung der Beamten zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Bekanntlich nehmen die Beamten in wirtschaftlicher Beziehung eine geforderte Stellung ein. Sie beziehen ein festes Gehalt, das keinen Schwankungen unterworfen ist und in bestimmten Abständen steigt. In den anderen Berufsgruppen regelt sich das Einkommen nach der Leistung, nach der geschäftlichen Lage des Arbeitgebers und auch nach Angebot und Nachfrage. Die Angehörigen der freien Berufe, zumal die Arbeiter, sind insofern, eine günstige Konjunktur zur Erlangung eines höheren Einkommens auszunutzen, auch bietet ihnen die Organisation ein Mittel, auf ihre Arbeitgeber einen Druck auszuüben. Diese Möglichkeit fällt bei einem Teile der Festbeholdeten, namentlich bei den Staats- bzw. Gemeindebeamten, völlig weg. Sie haben fast gar keinen Einfluß auf die Höhe ihres Einkommens und sind lediglich auf das Wohlwollen der höheren Vorgesetzten und der Parlamente angewiesen. Da bleibt ihnen dann nur der andere Weg übrig, ihr Einkommen zu steigern, indem sie sich konsumgenossenschaftlich organisieren und dadurch ihr Einkommen indirekt erhöhen. Die Notwendigkeit einer Steigerung der Kaufkraft des Geldes durch die Konsumgenossenschaften hat sich besonders im Kriege deutlich gezeigt, und darum treten auch in den Beamtenkreisen die konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen immer mehr in den Vordergrund. Daß sich die Festbeholdeten konsumgenossenschaftlich betätigen müssen, diese Ueberzeugung hat überall festen Fuß gefaßt, doch bedarf es noch einer tatkräftigen, zielbewußten Aufklärungsarbeit, um sie zu einem Gemeingut aller Beamten zu machen.

Das Recht der konsumgenossenschaftlichen Organisation kann den Beamten benutzunge nicht mehr bestritten werden. Die als Beamtenwirtschaftsvereine bekannten Einrichtungen, sowie ähnliche Einrichtungen anderer Behörden sind ungenügend. Die Beamten selbst verlangen seit Jahren, daß man sie durch keine gesetzliche oder Verwaltungsbeschränkung hindere, ihre Hauswirtschaft so zu gestalten, wie dies alle anderen Berufsstände tun, und daß man sie vor allen Dingen nicht hindere, durch Einkauf von Waren in Konsumvereinen ihre Lebenshaltung zu verbessern. Sie wollen in wirtschaftlicher Beziehung keinen größeren Beschränkungen unterworfen sein als die übrigen Staatsbürger, und sie fordern ihre wirtschaftliche Selbständigkeit ohne Rücksichtnahme auf die Wünsche einzelner Interessengruppen. Im Verlaufe des Krieges haben die maßgebenden Stellen diesen Forderungen zugestimmt und den Beamten die Beteiligung an Konsumvereinen freigegeben. Dagegen laufen die Mittelstandsbeamten Sturm. Sie behaupten nach wie vor, daß die Konsumvereine den Mittelstand zugrunde richteten, weshalb sie bekämpft werden müßten; es sei nämlich die Hauptaufgabe unserer Wirtschaftspolitik, einen kräftigen, leistungsfähigen Mittelstand zu erhalten. Die Beteiligung der Beamten an den konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen dürfe nicht gestattet werden, weil das eine Schwächung der kleinen Händler und Geschäftleute in sich

schließe. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß diese wirtschaftliche Quasidualität nach dem Kriege jämmerlich Schiffbruch leiden wird, weil es dann auf eine Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte ankommt, bei der jegliche Kräftezerplitterung und Kräftevergeudung vermieden wird. Das vermindert aber nur die Konsumgenossenschaften mit ihren muttergütigen Einrichtungen, nicht aber die zerplitterten Mittelstandskräfte. Das Recht auf genossenschaftliche Selbsthilfe wird also den Beamten nicht mehr vorenthalten werden können.

Wenn es eine Tatsache ist, daß die Beamten gar nicht daran denken, auf ihr staatsbürgerliches Recht der konsumgenossenschaftlichen Beteiligung der Mittelstandskräfte zuliebe zu verzichten, so kommt es doch nunmehr darauf an, daß sie von diesem Recht in der richtigen Weise Gebrauch machen. Es wäre durchaus falsch, wollten sie sich von der großen Wirtschaftsgemeinschaft aller Verbraucher absondern und sich in eigenen Konsumvereinen organisieren; der richtige Weg genossenschaftlicher Selbsthilfe ist der Anschluß an die bestehenden Konsumvereine und ihre tatkräftige Mitarbeit im Rahmen dieser Vereine.

## Gerichtszeitung.

Böse Folgen einer übermäßigen Neugier. Der eben erst 18-jährige Arbeiter Max P. war am 22. September mit mehreren anderen Personen auf einem Kohlenwagen, um von einem Bahnhof Kohlen abzuholen. Unterwegs begegnete ihnen eine Abteilung Soldaten mit den Gewehren auf den Schultern. Einer der Soldaten trug das Gewehr vorwärts, so daß ein Unteroffizier es ihm zurückgab. Als dies der Angeklagte, der nach der Befragung seiner Mitfahrenden sich in übermäßiger Stimmung befunden haben soll, sah, rief er den Soldaten zu: „Werk doch die Gewehre weg und macht Schluss!“ Nach den Aussagen von vier als Zeugen vernommenen Soldaten soll die Neugier sogar noch etwas bedenklicher geklungen haben. Die Folge war, daß der Angeklagte für diese unbedachte Neugier festgenommen wurde, drei Wochen in Untersuchungshaft geleitet hat und sich nun vor der Strafkammer zu verantworten hat. — Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, da unter den heutigen Verhältnissen derartige Aufregungen leicht bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis und rechnete zwei Wochen auf die Untersuchungshaft als verflüßigt an.

## Aus aller Welt.

### Zugzusammenstoß.

Magdeburg, 10. Januar. Der verspätet fahrende D-Zug 179 fuhr am 10. Januar bei Ausfahrt aus dem Personenbahnhof Ochsersleben (Bode) auf den im Rangierbahnhof einfahrenden Güterzug 5111. Ein Bediensteter schwer, einer leicht verletzt. Vom D-Zug 179 Maschine und Waggons entgleist. Beim Güterzug erheblicher Materialschaden. Hauptgleis Magdeburg-Halberstadt voraussichtlich 10 Stunden, Hauptgleis Halberstadt-Magdeburg 5 Stunden gesperrt. Personenzugverkehr wird unter Benutzung der Rangiergleise aufrecht erhalten.

### Kälteperiode in New York.

Die das „Journal“ aus New York erzählt, bietet die Stadt das Bild eines Eisfeldes. Die Straßen sind vereist, daß sich Anfälle zu Hunderten ereignen. Der Wagenverkehr ist vollkommen unmöglich. Da auch die Straßenbahn den Verkehr einstellt, können die in den Außenquartieren wohnenden Bewohner ihre Arbeit in der City nicht aufnehmen. Das Eis hat durch sein Gewicht auch viele Telefon- und Telegraphenleitungen zerstört.

## Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg, Arbeiter-Jugendheim, Rosenstraße 4. Sonntag, den 13. Januar: Heimkehrung 7 Uhr. Vortrag des Genossen Heilmann über „Neuere Dichtung von Büchner“. Nach dem Vortrag allgemeine Spiele. Eltern und Gäste willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Almanach de la Gazette des Ardennes 1918. 1 M. Goldmar, Leipzig.  
Hans Vollenkopf. Von Wilhelm Schürer. — Inselverlag. Von Ludwig Rindt. — Dreizehn aus Schwaben. Verlag von Stroder u. Schröder in Stuttgart.  
Als ich noch im Flägelkleide. Von Albert Rehm und Karlin Freyke.  
Z. M. S. „Tredde“. Von Winfried Lübeck. 25 Pf. — Michel. Von Joh. Scherr. 70 Pf. — Karl Bräuer: Der unbekannt Soldat. 25 Pf. Neumanns Universal-Bibliothek, Leipzig.  
Jugendverwaltung und Liquidation des feindlichen Vermögens im Anlande. Von Dr. C. Petri. Straßburger Druckerei und Verlagsgesellschaft, Straßburg i. El.

## Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Correspondenz findet im Abonnement Ende Nr. 3, 1. Col links, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Envelope und eine Post für den Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe mitgeteilt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen könne man in der Druckstunde vor. Briefe, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Druckstunde mit.

Feldzug. 1. Ja. 2. Durch Klage beim Landgericht. 3. Notwendig ist der Urlaub dazu nicht, da die Klage durch einen Rechtsanwalt vertreten wird. 4. Er kann auf Grund eines Armenratsbeschlusses beim zuständigen Landgericht Antrag auf Befreiung eines Kammerkassiers stellen. 5. Nein, der Sohn muß selbst klagen. 6. Die von Ihnen selbst angegebene Tatsache genügt. — M. G. XI/4. Erst wenn der Betreffende durch Antrag beim Amtsgericht für tot erklärt worden ist. — M. S. 27. 1. Ballrenten erhalten Sie für die Kinder auf Grund der von Ihrem Mann gelebten Marken, Rentenrente nur, wenn Sie selbst invalid sind. 2. Ballrenten etwa 3 A. monatlich. 3. Ja, die Differenz ist gering. 4. und 5. Nein. — A. G. I. Ihre Frau hat keinen Anspruch auf Alimenten, sie hat zu wenig Marken gelebt. Wenn sie aber erwerbsunfähig ist, kann sie doch Anspruch auf Invalidenrente geltend machen; dazu reichen die gelebten Marken aus. — 28. Nur die Eltern, nicht der Soldat, haben Anspruch auf Aufwandsentschädigung, und zwar nur dann, wenn ein Sohn noch aktiv dient. — 4711. Ja. — S. 99. Anspruch auf Unterstüßung hat die Frau nicht mehr; wenn aber nachgewiesen werden kann, daß der Tod infolge der beim Heer zugezogenen Krankheit eingetreten ist, kann sie Rentenanspruch geltend machen. — M. S. 24. Sie haben nur noch Anspruch auf Unterstüßung für einen halben Monat vom nächsten Zahlungstermin an gerechnet. — M. C. 27. 1. und 2. Bedenken Sie sich mit Ihrer Anfrage an die Erniedrigung, und ist Näheres darüber nicht bekannt. 3. Ja, wenn Sie ohne Arbeitslosigkeit die Arbeit wechseln. — S. M. 11. 1. Ja. 2. Sie sind auch dann zur Selbstversicherung verpflichtet. — S. M. 29. Vom nächsten Zahlungstermin an gerechnet auf einen halben Monat. — S. M. 87. 1. Nein. 2. Darüber kann der Vorgesetzte frei verfügen. 3. Nein. 4. Nach wie vor Sie die Stammtafel unterrichten lassen, können Sie, wenn sich später herausstellt, daß Ihre Leiden auf eine Dienstbeschädigung zurückzuführen ist, Anspruch auf Rente erheben. — Walsh 31. Ja, wenn er einen Bescheid dazu erhält. — Neudörfer Ratte. 1. Durch eine Anzeige bei der Polizei würde doch die Wirtin sofort abgeholt werden. 2. Gesetzliche Bestimmungen bestehen dafür nicht. Sie dürfen auch nicht auf Kosten des Handwirts die Renovierung vornehmen lassen und den Betrag dafür von der Rente abziehen; Sie müssten nur gegen den Handwirt beim Amtsgericht Klage auf Herausgabe der Wohnung in vertragsgemäßem Zustande erheben. 3. Ja. — S. 101. Nach unseren Informationen können wir den Beitritt zur betreffenden Genossenschaft nicht empfehlen. — Hummel Hummel. 1. Nein. 2. Bestimmte Höhe betragen dafür nicht. Die Zulagen sind willkürlich. Nachzahlung kann deshalb nicht erfolgen. — H. W. 10. Sie sind steuerpflichtig. — C. P. 10. — A. G. 3. 5890. Sie müssen in den höchsten Lagereiten nachfragen, ob und wo ein Platz für Ihren Raum frei ist und dann an den Vorgesetzten des jeweiligen Aufstellungsbereichs ein entsprechendes Nachvermerkungsgehalt richten. — S. 50. Die Kosten belaufen sich auf etwa 3-4 M. Die Gehälter muß bei besonderen Antrag stellen. — S. 24. 38. 1. Bedenken Sie sich an die Geschäftshilfe der Zeitschrift für Spiritusindustrie, Berlin SW 11, Seidenmannstr. 10/11. 2. Ein geheimer Anspruch darauf besteht nicht. — H. 77. Solche Institute haben Sie im Berliner adreßbuch Teil II Seite 130 und 132. — S. G. 100. Wir rufen um ausführlichere Mitteilungen, da wir aus Ihrem Schreiben nicht entnehmen können, worum es sich eigentlich handelt. — A. S. 100. Die Kriegselbsthilfsgesellschaft befindet sich in Leipzig, Erdbeimstr. 3. — S. G. 39. 1. Nein. 2. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst ziemlich mild, vorübergehend trübe, Niederschläge, später im Westen beginnende neue Aufhellung und wieder etwas kälter.

**Deutscher Transportarbeiterverband.**  
Bezugsverwalt. Groß-Berlin  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter  
**Hermann Pohle**  
am 4. d. M. im Alter von 18 Jahren verstorben ist.  
Ferner Nachruf unter Kollege, der Industriearbeiter  
**Friedrich Lindemann**  
am 4. d. M. im Alter von 50 Jahren. 11/19  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachruf vom Tode der Kollegen  
**Heinrich Tonn**  
vom Wasserwerk der Stadt Wilmberg.  
Beerdigung am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtensberger Friedhofes in Marxstr. aus.  
**Paul Buchholz**  
vom Gaswerk Dargitz.  
Beerdigung am Freitag, den 11. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseherhofes in Welschen aus.  
Ehre ihrem Andenken!  
Um rege Beteiligung bei der Bestattung der Kollegen ersucht  
1919  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezug Friedenau.  
Am 7. Januar starb unser Mitglied, der Stukkateur  
**Richard Riebler.**  
Die Beerdigung findet am Montag, den 11. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem St. Nikolai-Kirchhof in Siedende statt.  
Bezug Cöpen.  
Ferner starb am 6. Januar unser Mitglied, der Tاجر  
**Gottlieb Hillner.**  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 11. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Jakob-Friedhof in Neudörfen, Hermannstr. 100, statt. 148/1  
Ehre ihrem Andenken!  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die örtl. Verwaltung.

**Trenck Gedenden**  
zum 30. Geburtstag meines einzigen Sohnes, unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des Pianisten  
**Hermann Sperling**  
gestorben am 11. Januar 1917 in französischer Gefangenenschaft. Seine tiefbetäubte Mutter und Schwermutter.  
**Mina Sperling.**  
Schleiermacherstr. 12.  
Du hast im Frühling Deines Lebens, — Gestirbt hast Du mit keinem Reich. — Doch all mein Hoffen war vergebens. — Der Krieg nahm Dich zur Gemahlin. — In Heidenland Dein trenck-Auge brach. — Dein goldenes Herz ist seinen letzten Schlag. — Du warst der Mutter Sonnenschein. — Stets lüch, voller Freude. — Nun wird es um mich dunkel sein. — In meinem größten Leben, — Dein Weinen und dein Lachen bringt Dich zurück. — Der einst gewesen mein ganzes Glück. — Mit Liebe, Treue, Fleiß und Streben, — Bar ausgesteht Dein junges Leben. — Nimm tausend Dank für Deine Liebe und Mühe. — In meinem Herzen stirbt Du nie.  
Ruhe sanft in fremder Erde.  
Berlin 80.16

**Eine glänzende Zukunft**  
wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerringens sein wird. Es werden überall gebildete und leistungsfähige  
**Mitarbeiter** gesucht sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Soldatunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Konj.-Frei-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch  
**Bonnes & Hachfeld,**  
Potsdam, Postfach 224.

**Straßen- und Fabrik-Besen**  
ca. 5 cm breit u. 30 cm lang  
Postpakete, 2 u. 4 Stück.  
Liefert noch prompt per  
Nachnahme St. 4,80 M.  
exkl. Verpackung, unfrank  
bei Dubonnetabnahme  
franko inkl. Verpackung.  
**Besen- u. Bürsten-Industrie**  
Celle i. H. 850 Arbeiter.  
Niederlag. Berlin:  
Rosenthaler Str. 14, Teleph.  
Nord 10026. Kottbuser  
Damm 29-30, Mpl. 11949.

Dem Reichsrechnungsberechneten  
**Fritz Zubeil**  
zu seinem 70. Geburtstag  
die besten Glückwünsche;  
wenn er auch nicht mehr unter  
uns, so doch seit 25 Jahren  
im Kreise seine Pflicht erfüllt.  
Mehrere Genossen d. Kreuzes  
Tellow-Seesk. Charlottenba.  
Bilanz am 30. September 1917

Aktiva.	
Barenbestand	315,83
Umsätze der 6 Geschäfte	6,—
Ges.-u. Stromausgaben	290,—
Beschaffungen	100,—
Bureaukosten	1,—
Berliner Spar- u. Bau-	
Bereinigte Anteile	650,—
Ruhestände	5451,81
	6244,64
Passiva.	

Geschäftsanteile . . . 1470,—  
Aktionäre . . . 235,—  
Noch nicht abgehobene  
Dividende 1915/1916 470,—  
Rezerfond 1 . . . 2860,20  
2 . . . 1000,—  
Rezeptions . . . 720,44  
Gesamt . . . 6244,64

Im Geschäftsjahre 1917 ein Gewinn eingetrieben.  
Ferner wurden von 3 Genossen 30 weitere Aktien eingezahlt.  
Abgeschlossen ist ein Geschäft mit 3 weiteren Anteilen, so daß am 30. September 1917 140 Genossen mit 151 weiteren Anteilen vorhanden waren mit einer Kapitalsumme von 1470 M. Geschäftsguthaben und Kapitalsumme betrug je 1470 M. und haben sich je um 155 M. vermehrt. 13006

**Trenck Gedenden**  
zu seinem  
39. Geburtstag.  
Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 22. September 1914 durch Kopfschuss unter lieber, unvergesslicher, einziger Sohn, der Geseite  
**Paul Dupke**  
2. Sanitäts-Komp., 6. Korps.  
Drei Jahr schon deckt der Totenschleier  
Die sanft Dein liebes Angesicht;  
Du guter Sohn bleibst uns teuer,  
Wie einst auch unser Auge bricht.  
Verstirbt ist nun unser Leben  
Verhüllt die Hoffnung und das Glück;  
Wie vieles möchten wir drum geben,  
Könnt Du uns Elternhand zurück.  
In Genu verleben wir die Tage, 19019  
Und über ist es um uns her,  
Und tausendfach erndt die Klage:  
Unter lieber Sohn kommt nicht mehr.  
In kühnlicher Erinnerung die betrübten Eltern  
**Joseph Dupke und Frau**  
Wilmersd., 11. Jan. 1918

**Dankagung.**  
Für die uns beim Tode und beim Begräbnis unseres lieben, unvergesslichen Bruders und Onkels  
**Hugo Woldersky**  
erwiesene innige Teilnahme sagen wir allen Teilnehmern herzlich unsern herzlichsten Dank.  
Besonders Herrn Dr. Schütte für den herrlichen Nachruf, dem Sängerchor Rosbitz, der 2. und 17. Männer-Abteilung des Turnvereins „Richte“ und den Mitgliedern vom Bahlverein.  
**Martha Julke**  
nebst Ehemann 16031  
und Schmelzgerthorn.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Am 8. Januar verstarb unser Mitglied  
**Margarete Grad.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Jakob-Friedhof in Neudörfen, Hermannstr. 100, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
29/2 Die Ortsverwaltung.

**H. & P. Uder,** Engelufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten  
Bis auf weiteres:  
Geschäftszeit 8-11 und 3-6 Uhr.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

**Möbellfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
empfiehlt gute preiswerte Möbel  
**154 Musterräume**  
Lagerfläche: 6696 q-Meter groß.  
Vorsand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
Am Sonntag von 8-10 und 12-7 geöffnet.

**In Freien Stunden**  
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk Pro Best 15 Pf.  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Gutten 223, Unterstr. 3

**Büchereigenossenschaft „Volkbrod“.**  
Beuster. Otto Korn. Retusch.  
Für Feldsoldaten!  
Deutsch-Polnisch 15 Pf.  
Deutsch-Französisch 15 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts, Berlin

**Hämorrhoiden**  
schwindt, schnell u. schmerzlos durch  
**Hydrobromium**, sicher bew. Kautsch. A. W. M. 3,33, Otto Reibke, Berlin-Süd, Eisenbahnstr. 4.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß  
Friedrichstr. 125 (Oranien T.),  
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden  
Ehrlich-Nata-Kur (Dauer 10T.),  
Blutuntersuch. Schnell, sichere  
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung. 252/12  
Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

**Feurig-süßer Santa-Lucia-Wein**  
Käuflich in Apotheken, Prog.- u. Delikatess-Geschäften.

Der hamsternde Hamster.

Von Dr. Edmund Scheibener.

Wohl kein Tier des weiten Erdenrundes erfreut sich gegenwärtig so sehr eingehender Verächtlichkeit wie gerade der Hamster. Wenn auch wohl kaum einer unter Tausenden dieses Verächtlichen oder doch zum mindesten anrüchliche Geschöpf jemals gesehen hat, so ist doch die Anschauung allgemein verbreitet, daß er hamstert, d. h. Vorräte sammelt, und sie irgendwie in einem Loch verbirgt, um davon in bösen Zeiten zu leben, wenn andere der grimmige Hunger plagt, zu jeßren und sich zu mästen.

Trotz alledem ist der Hamster, dessen Treiben plötzlich auch die Menschen erfährt, ein höchst ungeschicktes Tier. Seiner gesellschaftlichen Stellung nach, innerhalb des großen Reiches der Tierwelt, gebört er zur Klasse der Nagetiere. Als richtiger Hamster und Geizhals lebt er zumeist im Verborgenen und treibt sich nur am frühen Morgen, am späten Abend und des Nachts mürrisch und einsam umher, um den Rest der Zeit in seinem kunstvoll angelegten unterirdischen Raum zu verbrachten. Dieser Bau besteht zunächst aus einer Tiefe in einer von einem bis zwei Metern befindlichen Wohnkammer mit einer senkrechten Eingangs- und einer schräg nach oben verlaufenden Ausgangsöffnung. Die Hauptkammer der ganzen Anlage aber sind die Vorratskammern, die durch besondere Gänge mit der Wohnkammer in Verbindung stehen, deren Zahl sich bis auf fünf belaufen kann, und deren jede im Herbst, bevor der Hamster sich zum Winterruhe bereitet, bis zu einem Zentner angehäufte Vorräte enthalten kann: denn der Hamster ist ein äußerst tätiges Geschöpf. Kaum, daß die beliebende Sonnenwärme im Frühjahr ihn in seines Baues Tiefen zu neuem Leben erweckt, so macht er schon den benachbarten Acker seinen Besuch und erlöst sich an feineren Saat. Zwischenwachen wenn es erneut schneit und friert, zieht er sich wieder in seiner Wohnung zurück, schlüft und geht von den Vorräten oder schlüft wieder, bis die höher steigende Sonne auch des Winters letzte Spuren tilgt, und er unbehelligt von Frost und Kälte die Kreuden der schönen Jahreszeit genießen kann. Da ist er nun beständig auf Nahrungs- suchte und nichts ist vor seiner Gefährlichkeit sicher, weder die jung- zarte Lerche, noch die behende Maus; denn alles verträgt sein un- erschütterlicher Magen: Hafer und harte Dornwälder werden ebenso- wenig geschont, wie Weizenkörner und Samen, und selbst Eidechsen, Blinddarmwürmer und Ringelnattern sind ihm eine leckere Speise.

Und wenn erst das Getreide reift, die Ähren ob ihrer goldenen Last sich neigen, wenn Alee und Luzerne grünen, die Judderräben sich breiten, dann ist er so recht in seinem Elemente. Da beginnt seine Erntezeit, und meisterhaft versteht er es, vom Felde das Beste sich zu erwählen. Abend für Abend, Nacht für Nacht, schlüft er so viel er nur immer vermag, in seine unterirdischen Schächten. Weizen und Hafer, Gerste und Roggen, Erbsen und zerleinerte Hülsen, je mehr desto besser. Mit den Vorderfüßen biegt er die hohen Halme um, schneidet mit einem einzigen Biß die Ähre ab, schiebt sie mit den Vorderfüßen, dreht sie einige Male hin und her und hat sie nun nicht bloß entblüht, sondern die Körner auch gleich in den Vorratsfächer geborgen. Bis zum Uebermaße füllt er sie und schafft so auf einem einzigen Gange bis zu 50 Gramm Körner hinweg. — Am nächsten Morgen aber findet der Bauer zu seinem Aerger die unerschütterlichen Spreuhaufen, indes der schlauwe Wiss- tater sich in seinem Bau von den Strapazen der Nacht erholt und zufriedenem Blickes sein sich mühsames Ränzchen und die wachsenden Vorräte betrachtet.

Aber alle Vorkehrungen, alle Schläue und selbst die gefährliche Waffe seiner Zähne schügen ihn nicht vor seinen Feinden, und es ist, fährt er allmählich vorwärts, ein wahres Glück, daß der Hamster, welcher sich zuweilen wahrhaft furchterweckend vermehrt und dann ungeheuren Schwaden anrichtet, so viele Feinde hat. Vassarden, Gassen und Raben und manche andere Vögel, vor allem aber Iltis und Diefel sind ununterbrochen auf seiner Fährte und töten, wo und wann sie können. Der Iltis und das große Diefel folgen ihm auch in seine unterirdischen Wohnungen und müssen deshalb als die schlimmsten seiner Feinde angesehen werden.

Aber auch der Bauer ist nicht untätig. So wurden auf der zwölftausend Acker umfassenden Stadtflur von Gotha in zwölf Jahren über eine Viertelmillion Hamster erbeutet und an die Stadt- behörde abgeliefert. Den Hauptgewinn aber der Jagd bilden die Vorräte, welche dieses eigentümliche Wild sich eingetrugen. Die Leute wachen die Körner einfach ab, trocknen sie wieder und ver- mählen sie dann mit anderem Getreide.

Mit den vorerwähnten Mitteln zieht man gegen ihn zu Felde. „Der Bauer“, schreibt der feinsinnige Löns, „fährt eines Nachmittags die Wassertennen über das Feld, und, wo ein Hamsterbau ist, da wird der Kran aufgedreht, und das Wasser pladdert in das Ein-

gangsloch und ein pudelnaßer Hamster oder eine Mite mit den Jungen kommen heraus.

Die Anekdote treuen sich, gutes Hamsterjahr, gutes Groschenjahr: denn für jeden alten Hamster gibt es zehn Feinzig vom Bauer und für einen jungen die Hälfte, und den ganzen Sonntag sind sie mit dem Spaten und den Hunden auf der Stoppel. Der Großhändler versteht sich auf die Kunst: er nimmt zwei lange Enden dicken Draht mit, und die führt er in die Röhren, damit er diese beim Graben immer wieder findet, denn oft gehen sie im Vogen oder im Winkel, wenn der Boden feinig oder die Mergelschicht zu hart ist. Das Geschäft lohnt sich allmählich: aus der Stadt kommen Tadel- und Terrierbesitzer und Jäger, helfen im Schwelche ihres Ansehens graben, und hinterher gibt es ein hübsches Trinkgeld von den Hunde- besitzern, die froh sind auf so heuene Art ihre Hunde arbeiten lassen zu können. Außerdem findet sich noch ein Naturforscher ein, der von den toten Hamstern das Ungestirne abjudet und den Anekdoten erzählt, daß auf dem Hamster eine Milbe sämmerge, auf der wieder eine andere Milbe lebe, und er ist sehr vergnügt, daß er den seltsamen Parasiten findet und gibt dem Großhändler zwei und dem anderen eine Mark; die danken schön und grinsen und denken danach von den Stadtleuten noch geringer als vorher.

Der Bauer ist kein Freund von neuen Moden, aber nachdem der Roggen und der Weizen herunter ist, steht er ein, daß er mit kalten Spaten und Wasserfah die Hamster nicht los wird, zumal die lange Trockenzeit den Mergel so hart gebildet hat, daß er kaum mit der Spitzhade zu brechen ist. So legt er denn dreimal und bedächtigt in der landwirtschaftlichen Zeitschrift den Aufsatz über Hamstervernichtung mit Schwefelkohlenstoff, kauft sich mehrere Kannen von dem giftigen Zeug und geht mit seinen Leuten los. Alle alten Pumper, die aufzutreiben sind, werden mitgenommen. Wo ein Hamsterbau ist, wird ein Lappen getränkt, mit einem dicken Draht tief in den Bau geschoben; dann wird ins Ausgangs- und Eingangs- rohr Erde geschüttet und festgestampft, und es geht zum nächsten Bau, wo ebenso gearbeitet wird, und als 700 Haus mit der Wobderluft gefüllt sind, sagt der Bauer: „Dat hett batted! nu sind wie dat Unäg los!“

Schopenhauer und das Älteste der Regierung.

Ueber dem Kriegslärm des Weltkampfes haben nur wenige wohl darauf geachtet, daß sich gerade jetzt jene Zeit zum hundertsten Male jährt, in der der Philosoph Arur Schopenhauer sein grund- legendes Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ vollendete. Niemand hat daran gedacht, den Namen des Denkers zu danken, während man doch Jahrestage viel gleichgültigerer Veranlassung nicht ohne bombastisches Trara vorübergehen läßt.

Aber schon den lebenden Schopenhauer verfolgte belanntlich der Fluch der allzu geringen öffentlichen Anerkennung. Wenig verbreitet indes dürfte die Ansicht der zeitgenössischen Regierung, genauer ge- sagt, des damaligen bayerischen Gesandten in Berlin, des Grafen von Lutzburg über den Meister und dessen Persön- lichkeit sein. Geahert wurde diese Ansicht gelegentlich einer An- frage, die nach der Universität Würzburg erging und die Habili- tation Schopenhauers nach dort befrwortete. Der Philosoph selbst hat niemals erfahren, weshalb seine und seiner Freunde Ver- mählungen so durchaus erfolglos blieben, denn das Gut- achten des Gesandten ist ihm begreiflicherweise nicht mit- geteilt worden. Erst Karl Alexander von Wüller fand es im Bayerischen Geheimen Staatsarchiv zu München in neuerer Zeit unter Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin wieder. Es ist ein eigenhändiges Dokument des Grafen von Lutz- burg und stellt das Konzept einer Antwort vom 3. April 1828 — also zehn Jahre, nachdem „Die Welt als Wille und Vorstellung“ geschrieben war — auf ein Anfrage des bayerischen Staatsminis- teriums „auf allerhöchsten Befehl“ über Schopenhauers wissenschaft- liche Bildung, Lehrtätigkeit, Charakter und sonstige Verhältnisse dar. Sein unveränderter Wortlaut ist:

„Der hier privatlebende Gelehrte Dr. Schopenhauer, Sohn eines Bürgermeisters und ehemals sehr reichen Banquiers von Danzig und der belannten in Weimar lebenden Schriftstellerin dieses Namens, hat keinen Ruf irgendeiner Art, weder als Schriftsteller noch als Lehrer. Er soll hier in einen unangenehmen Prozeß verwickelt sein, was seinen Wunsch einer Verlegung allerdings hinreichend begründet. Ich be- zugs mich im allgemeinen zu der alleruntertänigsten Bemerkung, daß an besagtem Schopenhauer, der sich früher einige Jahre in Dresden betriebe und dessen Neuhers mir als wenig ansehend wohl bekannt ist, für die Universität zu Würz- burg kein großer Gewinn entstehen dürfte, ich ihn folg- lich dazu nicht begutachten kann.“

glaubte, sie seien die Veranlassung, daß seine Frau Italien verlassen hatte?

Sie stand still und rechte ihre schlank Gestalt, trohig hob sie den Kopf; sie biß sich auf die Lippe und unterdrückte ein Schluchzen, ihre Tränen hörten auf zu rinnen: oh nein, die waren nicht schuld. Die hatten sie nicht kommen heißen. Sie, sie allein hatte es gewollt ganz von selber, es hatte sie niemand beeinflusst. Da, da ganz tief innen — ihre Hand krampfte das Kleid über der Brust zusammen — da sah etwas, das hatte sie getrieben. Was sollte sie am blassen Meer unter der leuchtenden Sonne? Wenn der Himmel über Deutschland so trübe war, dann mußte auch sie unter diesem trüben Himmel sein.

III.

Die Linden in den Straßen des Vororts hatten längst abgeblüht. Die breiten Wipfel in dem Park, der Vertsholdischen Villa gegenüber, standen in jenem tiefen Grün, das überfakt an Farbe, deutlich spricht: grüner kann ich nicht werden, nur gilbe ich bald.

Frau Hedwig Vertholdi war ganz allein. Ihr Mann war auch fort. Er war zwar schon achtundvierzig, aber er hatte ein Gut besessen, das er der Erziehung seiner Söhne wegen verkauft hatte, und dieses Leben als Landwirt hatte ihn frisch erhalten. Er war wie ein um zehn Jahre jüngerer; es hatte ihn längst gewirmt, daß er, Reserveoffizier, Hauptmann, so völlig talentlos drinnen sah, während sein Jüngster, als gemeiner Soldat noch dazu, draußen war. Er hatte sich gemeldet. Als die große Linde vorm Haus noch blühte, war der erste Brief gekommen — „Seeresache“ — nun durfte er doch wenigstens Rekruten drifen, in einem Winkel an der Grenze von Rußland- Polen. „Und wenn ich denn auch keinen Pulverdampf rieche, so höre ich doch wenigstens, wenn der Wind günstig steht, das dumpfe Rollen der Geschütze“, schrieb er an seine Frau.

Nun war er doch endlich zufrieden! Hedwig senkte den Kopf: wie viel besser es die Männer hatten. Sogar die an der Front, trotz aller Strapazen, trotz der Todesgefahr. Sie senkte. Die Frauen hatten es schwerer. Da sahen sie nun alle — wohin sie blickte: Frauen, Frauen, ach Gott, sie hatte gar nicht gemerkt, daß es so viele Frauen gab — und dachten nichts anderes, sprachen nichts anderes als: Krieg, Krieg. Und mußten doch den Tag hinleben im Kleinram ihres Da-

Wärmeschutz — Wärmegewinn.

Es gibt zwei Mittel, ein warmes Zimmer zu haben, entweder durch entsprechend starkes Heizen, oder durch sorgfältigen Schutz der Räume gegen Wärmeverlust. Jetzt ist selbstverständlich der zweite Weg nicht nur empfehlenswerter, sondern meist überhaupt der einzig gangbare. Leider ist es nicht ganz leicht, das Ent- weichen der Wärme durch Wände und Decken zu verhindern, aber es gibt immerhin einige Mittel, die von jedermann ohne viele Umstände angewandt werden können. Professor Ruybaum, einer unserer besten Sachkenner in der Wohnungs hygiene, erteilt in der „Umschau“ einige in dieser Richtung nützliche Rat- schläge. Soweit die Fenster in Betracht kommen, ist wohl schon genugsam auf die Notwendigkeit ihrer sorgfältigen Abdichtung, ins- besondere mit dem schlecht wärmeleitenden Papier, hingewiesen worden. Es wäre nur noch besonders darauf aufmerk- sam zu machen, daß sich Unachtsamkeiten an den Fenstern auch oft dort finden, wo ihr Holzrahmen an das Mauer- werk anstößt, wo sie aber nur selten gelichtet werden. Eine weitere schwache Stelle besetzt die Sockelleiste zu sein, die den Fußboden des Zimmers umrahmt. Auch hier sollten klopfende Ritzen mit Papier verstopft werden. Kallomüren sind am besten ganz mit Packung zu versehen, die ja leicht durch Fortieren oder andere Deden dem Auge entzogen werden können. Schließlich muß man sich aber unter Umständen auch an das Mauerwerk selbst machen; besonders in Fensterritzen, die gewöhnlich nur mit schwachen Mauerwerk umgeben sind. Hier dürfte es am leichtesten und zweckmäßigsten sein, Rettungsplaster in mehreren Schichten auf der Wand zu schichten, und zwar hauptsächlich über den Fenstern, zumal wenn etwa der Heizkörper sich gerade darunter befindet. Da über den Fenstern ohnehin irgendein Stoffplatt angebracht zu sein pflegt, läßt sich auch dieser Wärmeschutz hinreichend demänteln. Der Vorschlag der Einführung von Ventilatoren oder Gebläsen zur Be- seitigung der Temperaturschwankungen im Zimmer, die sich zwischen Fußboden und Decke auf 30 Grad belaufen können, ist zwar sehr beachtenswert, aber schwerer durchführbar.

Die deutsche Zigarren- und Zigaretten-Erzeugung.

Mancher Vandaer wie auch mancher Nichtvandaer mag sich wohl schon gefragt haben, wieviel Zigarren eigentlich in Deutschland er- zeugt werden. Nun hat der Deutsche Tabakverein ermittelt, daß die Erzeugung wie folgt gelegten ist (in Millionen Stück): 1875 5234, 1903 7384, 1907 8700, 1910 10 500. Da in Deutschland nur 94 000 Tonnen Tabak erzeugt werden, im Jahre vor dem Kriege der Rohabakverbrauch Deutschlands aber etwa 114 000 Tonnen betrug, so kann man daraus schließen, daß auch in der Kriegs- zeit noch viel Tabak nach Deutschland eingeführt worden ist und daß auch schon allerlei Ersatzmittel benutzt worden sind. Besonders auffallend ist der zunehmende Verbrauch von Zigaretten in Deutschland. Die Erzeugung betrug nämlich (ebenfalls in Millionen Stück): 1875 152, 1903 9200, 1913 12 442, 1916 25 000. Während also die Zahl der erzeugten Zigaretten sich von 1875 bis 1916 bloß verdoppelt hat, ist die der Zigaretten im gleichen Zeitraum um das 165fache gelegten. Da für das Heer 75 Proz. der erzeugten Zigaretten bereitgestellt werden und auch von den übrigen Mengen noch viele ins Feld geschickt werden, kommt die Erzeugung zum weitaus größten Teile dem Heere und der Marine zugute.

Notizen.

— Vorträge von Dr. Bruno Wille. Montag, 14. Jan., 10 uhr 30, als auch 8 Uhr, Dortheimerstr. 12 über Faust-1, Dienstag, 15. Jan., 10 uhr 8 Uhr über Gortjes Gedichte.

— 100 frohe Abende bietet der vom Berliner Goethebund begründete Ausschuß für Volkunterhaltungen dar. Die Veranstaltungen werden vom 14. Januar ab nacheinander in 10 verschiedenen Sälen der Außenviertel abendlich stattfinden. Soweit über die Eintrittskarten nicht bereits durch die Magistrate der Stadtgemeinden verfügt worden ist, werden sie in den noch näher zu bezeichnenden Verkaufsstellen aufgegeben werden. Der Preis ist 25 Pf. für die Einzelperson, 50 Pf. für die Familie bis zu fünf Personen (einschließlich Kindererbs).

— Die Humboldtakademie Freie Hochschule gibt soeben das Vorlesungsverzeichnis für Januar—März heraus, das trotz des Krieges eine Fülle von Vorlesungen und Vorträgen auf allen Gebieten enthält. Es ist unentgeltlich in der Geschäfts- stelle, in Lehranstalten und Bibliotheken, Buchhandlungen und im Hauptbureau Neue Friedrichstr. 53—56 II zu haben. Ermäßigte Preiskarten u. a. für Mitglieder der freien Volkshochschulen und der Gewerkschaften (letztere bei Hirsch, Engelstr. 15).

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Die junge Frau schloß die Augen. Sie beschwor sich sein Bild heraus: er stand wieder vor ihr, jung, hübsch, liebenswert, sie sah in die Tiefe seiner dunklen Augen — warum sprach er nicht von Liebe? Nur von Krieg, Krieg. Hatte er denn ganz vergessen, daß seine Frau Deutsche war? Wußte er nicht, wie schwer es für sie sein mußte, schier un- erträglich, ihn auf der andern Seite zu sehen? War denn alles, was sie damals geglaubt hatte: dein Volk, mein Volk, mein Land, dein Land, jetzt nicht mehr so? War das geträumt gewesen? Aus grausamer Wirklichkeit baute sich eine Mauer auf und wuchs schnell höher und höher. Sob sich ein Bollwerk, weit mächtiger als die Alpen, zwischen Italien und Deutschland, zwischen ihm und ihr. Ob er das auch so fühlte? Da — nur ganz zuletzt, ein paar Worte der Liebe. Als ob die ihm zum Schluß nur gerade noch ein- fließen! Sie verlegten mehr, als daß sie wohlthaten. Der Brief fiel aus ihrer Hand zu Boden; sie ließ ihn liegen.

Langsam gingen ihre Tränen an zu rinnen und tropften ihr auf die Hände, die sie wie hilflos vor sich auf dem Schoß hielt. Ach nein, sie verstand ihren Mann nicht mehr, und er verstand sie nicht mehr. Wie durfte er ihr, gerade ihr so schreiben? — — — Evidua Italia! — — — Er mußte doch wissen, daß er sie verlegte, wenn er Italien bejubelte. Oh dieses heimtückische, verräterische Land! In ihrer Erregung konnte sie nicht genug der verdammen Worte finden. Dieses Land, das nicht wert war, daß die Natur ihm so viel Schönheit gespendet hatte.

Wie eine Verzweifelte sprang sie auf. Mit unruhigen Schritten ging sie im Zimmer auf und ab. Und dabei weinte sie immerfort. Verstand sie denn niemand mehr? Konnte denn keiner begreifen, wie ihr zumute war? Losgelöst von der alten Heimat, verpflanzt in eine neue Heimat, und dann wieder losgelöst von der neuen Heimat und wiederum in die alte zurückgepfanzt! Solch eine arme Pflanze hat gar keine rechte Heimat, die ist nirgendwo zu Hause.

Ihr Mann schaute seinen Gruß an die Eltern — er erwählte sie nicht einmal in seinem Briefe — war er so gleichgültig? Oder war er böse auf die, weil er so

selbst und sich heimlich verzehren bei Tag und bei Nacht in der Sorge um die dranhin.

Ihr Leben hatte sich bis dahin ganz um das der Söhne gedreht; erst als die noch klein waren, in kleinen Sorgen, als sie größer wurden, in größeren Sorgen. Jetzt zuletzt in der schwersten Sorge: um ihr Dasein überhaupt. Nun war noch eine Sorge hinzugekommen — nein, eigentlich keine Sorge, ihr Mann war ja außer Gefahr, — aber doch eine ständige Besorgnis. Wie würde es mit seinem Rheu- matismus werden? Der plagte ihn von Zeit zu Zeit. Und dann: würde es ihn nicht gelisten an die Front? Würde es nicht auch ihn treiben, und er es am Ende auch durch- sehen, hinauszu kommen? Sie überdachte die Jahre ihrer Ehe; bald würden sie silberne Hochzeit feiern, es wäre doch bitter, wenn sie die nicht feiern könnten. Nicht feiern, was man so feiern nennt, nein, full begehen in einem Zurückblicken auf die Vergangenheit. Von der Liebe, mit der man sich heiratet, bröckelt freilich manches ab, die Sinne werden ruhiger, die Jahre der Gewöhnung stumpfen ab, aber jetzt stieg ihr doch etwas wie ein warmes Rot in die Wangen, wenn sie an ihren Mann dachte. Es war so schwer, sich selber um alles kümmern zu müssen. Nun merkte sie erst, wie viel er ihr abgenommen, wie er ihr das Leben eigen- lich sehr angenehm gestaltet hatte. Das ähhere Leben wenigstens. Innerlich war es oft unbefriedigend gewesen; sie hätte ihn anders gewünscht, geistig angeregter; und an- regender. Freudig hatte sie den Unzug in die unmittelbare Nähe der Weltstadt begrüßt, da würde vieles anders werden. Er war derselbe geblieben. Sie hatte die Söhne gehabt; all deren Interessen geteilt, mit ihnen gelernt, als sie noch klein waren, mit ihnen gestrebt, als sie größer wurden. Jeder von den beiden hatte seine eigenen Ideen, seine Ansichten, seine Ideale; sie hatte sich redlich be- müht, daran teilzunehmen. Und sie hatte doch nicht immer ganz mißkonnen: die waren eben jung, jung und töricht — und sie?!

Hedwig sah sich in ihrem einsamen Zimmer in den Spiegel. Ihr Mann sagte immer, sie sähe noch wie ein Mädchen aus. Tat sie das? Ja, wenn sie sich am Abend ihr reiches Haar in Föpfe flocht. Aber jetzt? Sie sah rasch weg und senkte dann auf: man allierte rasch in dieser Zeit. Gut, wenn man miteinander allert. Miteinander — nur nicht allein sein! (Fortf. folgt.)



## Englisches Hospitalschiff vernichtet.

London, 9. Januar. Das Reutersche Bureau meldet amflich: Das englische Hospitalschiff *Kewa* ist torpediert worden, es sank am 1. Januar gegen Mitternacht im Bristolkanal auf dem Heimwege von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffe gerettet. Die Verluste betragen drei Mann der Besatzung, drei *Castros* werden vernichtet. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem sogenannten Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist.

**Notiz des W. L. B.:** Da die U-Boote, die hierfür in Frage kommen können, zurzeit noch in See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie wir hierzu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird von unterrichteter Stelle aber für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein U-Bootboot torpediert worden ist. Demnach kann nur eine Verletzung durch Minen in Frage kommen.

## Das gleiche Wahlrecht heraus!

Am heutigen Tage tritt die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses zu ihren Beratungen über die Verfassungsvorlagen der Regierung zusammen. Die Verhandlungen im Plenum haben reichlich der Gefahr vorgebeugt, dem Kommenden mit übertriebenen Hoffnungen entgegenzusehen. Trotzdem bleibt eine gewisse Spannung: wird sich schließlich doch noch eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht finden, oder wird alles in einem kläglichen Kompromiß aufgehen, der wieder einmal darlegt, daß ein offener und ehrlicher Fortschritt bei den heutigen Verfassungszuständen so gut wie ausgeschlossen ist. Wird man wirklich veraltete und überlebte Privilegien nur beseitigen, für die Errichtung neuer, nicht minder anstößiger Privilegien, und wird man den unendlich beschämenden Zustand bestehen lassen, daß — am Wahlrecht gemessen — in Preußen der Kriegsmüherer der höchstgeachtete und der um alles gelommene Kriegsinvalide der mißachtete Staatsbürger ist?

In diesen entscheidenden Wochen wird viel, wenn nicht alles davon abhängen, daß der Kommission des Dreiklassenhauses nochmals gründlich der Wille des Volkes zu Gemüte geführt wird. Die Herren sollen eingedenk sein, daß hinter dem gleichen Wahlrecht nicht nur ein Königswort, sondern der entschiedene Wille ungeheurer Volksmassen steht, die nicht gesonnen sind, sich um ihr mit Hunger, Blut und unzähligen Leiden erkaufte Recht auf Gleichberechtigung im Staate stellen zu lassen. Die Herren der Wahlrechtskommission sollen immer wieder bedenken, auf wie schwacher Grundlage sie selber stehen, auf der Grundlage eines Wahlrechts, dessen himmelstreichende Ungerechtigkeit in Deutschland keinen einzigen Verteidiger mehr findet. Deswegen haben sie auch nicht das Recht, die kommende Neugestaltung so zu treffen, wie es die Privilegierten wünschen, denen sie ihr Mandat verdanken, sondern für ihr Handeln darf nur ausschlaggebend sein der Wille des Volkes, das in seiner großen Masse niemals mit ihrer Wahl einverstanden gewesen ist.

Das erfordert gewiß von den einzelnen Abgeordneten eine starke Selbstverleugnung. Aber wer sie nicht aufbringt, der trägt die schwere Verantwortung für alles Kommende, für das, was kommen muß, wenn man einem Volk sein Recht vorenthält, das durch dreieinhalbjährigen Krieg bis in die letzte Hölle zu staatsbürgerlichem Denken erzogen worden ist. Diesem Volk ist das gleiche Wahlrecht keine Marktware, von der sich abhandeln läßt, sondern das gleiche Wahlrecht ist ihm Symbol der Anerkennung seines Rechts auf volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Deswegen gibt es keine andere Lösung, durch die das Volk befriedigt werden kann, und deswegen kann dieses Volk auch nicht ruhen, ehe es das gleiche Wahlrecht erkämpft hat, was immer auch jetzt die Wahlrechtskommission beschließen mag. Mit Worten ist das deutsche und preussische Volk genug gelobt worden, es will jetzt Taten sehen, und wer die, von denen es die Taten erwartet, neue Ungleichheiten errichten und neue Fesseln schaffen, dann wehe ihnen und der deutschen Zukunft! Daß das preussische Volk stark genug sein wird, sich das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen, daran zweifelt im Grunde wohl niemand, vom Dreiklassenparlament hängt allein ab, ob sich diese Erringung ohne schwere Kämpfe und Erschütterungen vollziehen wird.

## Der moralische Zusammenbruch der Vaterlandspartei.

Nach dem Kriegsbeschädigtenpogrom — Abfrage der Kriegserwitwen.

Immer weitere Kreise der Bevölkerung wenden sich von der Vaterlandspartei und ihren Annexionsbestrebungen ab, und zwar gerade diejenigen, die am meisten in diesem Kriege gelitten und Opfer gebracht haben. Den Kriegsbeschädigten hat die Vaterlandspartei in roher Weise die Tür gewiesen, weil sie nicht für Annexionen zu haben sind, jetzt hat in Jena eine von vielen hundert Kriegserwitwen und Kriegsbeschädigten besuchte Versammlung gleichfalls ein vernichtendes Urteil über die Vaterlandspartei gefällt. Diese Versammlung der Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen, die am 8. Januar im großen Saale des Gemeinderathshauses tagte, nahm eine Entschließung an, in der zunächst die mangelhafte Unterstützung kritisiert und die drückende Notlage der Kriegserwitwen und Kriegserwitwen im vierten Kriegswinter betont wird. Dann heißt es in der Entschließung:

„In einer kalbigen Verneinung des Krieges hat das gesamte Volk das größte Interesse; die Kriegserwitwen und Kriegserwitwen verurteilen deshalb entschieden das kriegerische Verbrechen der sogenannten Vaterlandspartei, die sogar die Friedensunternehmungen des Reichstags und der Reichsregierung als nicht im Interesse des Volkes geltend vertritt, und damit den Feinden Deutschlands immer wieder erneuten Anlaß gibt, die Durchbarkeit und Entschiedenheit des Krieges in das Grauenhafteste zu steigern. Die Kriegserwitwen und Kriegserwitwen Jenas erachten das Treiben der Vaterlandspartei als im höchsten Maße verabscheulich; nur Kriegserwitwen, die dies noch nicht erkannt haben, können einer solchen Partei Gefolgschaft leisten. Auch die Tatsache, daß die Vaterlandspartei sich zum größten Teile aus Beamten zusammensetzt, die die Gewährung des Wahlrechts zu den öffentlichen Ämtern auch an die Frauen verweigern und mit allen Mitteln bekämpfen, so wie sie auch jeden weiteren Ausbau der Volkrechte im allgemeinen zu verhindern suchen, muß

alle Kriegserwitwen veranlassen, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei die Vaterlandspartei auf das Entschiedenste zu bekämpfen.

Zu der gleichen Zeit wurde in Jena auch ein zweites Volksgericht über die Vaterlandspartei vollzogen. Die Ortsgruppe Jena der Vaterlandspartei hatte eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saale des Volkshauses einberufen, die von über 2000 Personen besucht war und polizeilich abgesperrt werden mußte. Aber das Volk erwies sich durchaus nicht als auf Seiten der Vaterlandspartei stehend. Aus der Versammlung wurde angefragt, ob eine Diskussion stattfinden solle. Hierauf wollte der Vorsitzende aber nicht eingehen, sondern nur schriftliche Anfragen an den Referenten gestatten. Dabei hatte auf der letzten öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratie ein Vaterlandsparteiler ungehört über eine halbe Stunde seine Ansichten vorgetragen. Die Verweigerung der freien Aussprache verurteilte die Versammlung in großer Erregung. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, darüber abzustimmen, ob die Anwesenden für Nachsicht und Verständigungsstrieden seien. Mit Ausnahme ganz weniger erhob sich alles für den Verständigungsstrieden. Darauf schlossen die Vaterlandsparteiler die Versammlung. Von sozialdemokratischer Seite wird nunmehr eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema „Nachsicht oder Verständigungsstrieden?“ einberufen werden, und zwar unter ausdrücklicher Garantie freier Aussprache für die Führer der Vaterlandspartei.

Zu dem am Montag auf die Kriegsbeschädigten veranstalteten Pogrom findet die Presse der Vaterlandspartei immer neue und immer unsinnigere Ausreden. Die „Deutsche Zeitung“ will jetzt „schließen“, daß es sich um einen „wohl vorbereiteten Plan der Sozialdemokratie“ gehandelt habe, die Versammlung der Vaterlandspartei zu jüden. Diese Vorbereitung geschah bekanntlich in der Weise, daß der Generalsekretär der Vaterlandspartei, Herr Axel Ripke, auf einer vorangegangenen Kriegsbeschädigtenversammlung zum Besuch einladend und eigenständig 200 Eintrittskarten für die Versammlung der Vaterlandspartei an die Kriegsbeschädigten übergab. Danach ist Herr Axel Ripke, Generalsekretär der Vaterlandspartei, offenbar geheimer Agent der Sozialdemokratie! — Eine Aufschrift an die „Berliner Neuesten Nachrichten“ will folgendes schreiben:

„Außerdem waren die Hauptredner dumme, unfähige, noch nicht im Felde gewesene junge Menschen, die besser zu werden, von solchen Versammlungen fern zu bleiben, da sie doch keine Ahnung davon haben und nur mit denen schreien, von denen sie aufgefressen werden.“

Dieser Satz ist richtig mit der Einschränkung, daß diese jugendlichen Hauptredner von der Vaterlandspartei aufgeboten waren. Es war nämlich in ziemlich großer Anzahl uniformierte Jugendwehr in den Altersstufen von 8 bis 15 Jahren auf der Versammlung zugegen, auf diese trifft das vernichtende Urteil des Einsehens allerdings voll und ganz zu.

Auch die von der Vaterlandspartei gebrauchte Ausrede, daß die Polizei die den Kriegsbeschädigten zugesicherte freie Aussprache verweigert habe, erscheint jetzt hinfällig, denn der Vaterlandspartei nachfolgende „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt:

„In einer Versammlung, die vorgestern abend von der Vereinigung der Kriegsbeschädigten veranstaltet worden war, war von einem Mitgliede der Vaterlandspartei dem Hauptredner des Abends Dr. Weich, gestattet worden, daß er in der Versammlung der Vaterlandspartei sprechen dürfe. Der Landesverein Groß-Berlin hatte aber nur drei Redner das Wort gestattet.“

Somit hätte also nicht die Polizei, sondern der Landesverein der Vaterlandspartei entschieden, daß die Kriegsbeschädigten trotz der Zusage nicht reden durften und damit den ersten Anlaß zu den schmachvollen Exkommunikationen gegeben.

## „Kräfte“ gesucht!

Die letzte Nummer der „Zagl. Rundschau“ enthält folgendes Inserat:

Für eine große, rechtsprechende Partei werden Kräfte zur Agitation und Organisation besonders in den kleinen Städten und auf dem Lande, in gute und dauernde Stellen gesucht. Dringendes Erfordernis ist rednerische Begabung; bevorzugt werden Herren, die bereits in ähnlichen Stellen tätig waren. Ausdrückliche schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften usw.

Eingedenk der neuen Berliner Versammlungstaktik vermissen wir die Einforderung eines Zeugnisses darüber, daß der Bewerber als Hausknecht erfolgreich tätig gewesen ist.

## Zu Zielen der Menschheit.

Vortrag von Hans Delbrück.

Gestern abend fand die erste Mitgliederversammlung der „Deutsch-polnischen Gesellschaft“ statt. Sprecher war Professor Hans Delbrück.

Der Redner widersprach der überlieferten Auffassung von der natürlichen staatlichen Anreife Polens. Der „austro-polnischen Lösung“ trat er mit harten Zweifeln entgegen. Die hohen Preise auf dem Weltmarkt werden die Aufrichtung der alten Zollschranken unmöglich machen. Die Folge ist das Eintreten für den Freihandel, der sich nur als mitteleuropäische Unternehmung nicht denken läßt. Der weite Blick in die Zukunft spricht für eine christliche, freundschaftliche Stellung zu Polen. Darum muß die Lösung der staatlichen Frage eine ganz andere sein, es muß verdrängt werden, daß das gegenseitige Verhältnis von vornherein gespannt wird und uns in Polen ein neues Serbien entsteht. Heute sind die Stimmungen des polnischen Volkes für uns nicht allzu begeistert, daß dies besser wird, dafür solle auch die neue Gesellschaft arbeiten. Das Europa von heute steht unter dem düsteren Zeichen der nationalen Verbitte-rung. Eine Umformung des Denkens ist die einzige Rettung; eine neue Ordnung wird sich ohne Anherablassung der Macht doch im wesentlichen auf dem Rechte aufbauen müssen, selbst unter Verzicht auf nicht zu bestreitende Bedürfnisse der einzelnen Völker. Delbrück stellte sich auf den Standpunkt, daß Deutschland vollständig im Osten und Westen auf Gebietsverweigerungen verzichten könne. Wir brauchen uns darum lange noch nicht vor unseren Nachbarn zu fürchten. Ist durch den Friedensschluß kein neuer Konfliktstoff geschaffen, so ist die Demokratie in allen Ländern zu weit fortgeschritten, als daß sich auch nur ein Volk in einen Angriffskrieg hineinreiben ließe. Nicht aus patriotischer, sondern aus Gründen höherer staatsmännlicher Klugheit ist Lokalisierung zu fordern. Einen praktischen Beweis für die Nützlichkeit dieser Auffassung lieferte der glänzende Erfolg der englischen Politik in Südafrika.

Professor Delbrück schloß seine Ausführungen mit den Worten: Ueber die nationalen Ziele hinaus die der Menschheit im Auge zu haben, das ist die Forderung des Tages!

Ein polnischer Redner stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt Delbrücks.

## Jordan v. Kröcher gestorben.

Der preussische Landtagsabgeordnete Jordan v. Kröcher ist, wie ein Telegramm meldet, in der Nacht zum Donnerstag auf seinem Gut Einzelberg, Kreis Gerdau, gestorben. Er vertrat im Abgeordnetenhaus den altnährlichen Wahlkreis Salzweh-Gardelagen.

Jordan v. Kröcher gehörte zu den Führern der Konservativen und nahm namentlich im parlamentarischen Leben seiner Partei eine hervorragende Stellung ein, die sich äußerlich darin dokumentierte, daß er von 1898 bis Anfang 1913 das Präsidium des preussischen Landtags innehatte. Sein Aktivismus als Präsident des Abgeordnetenhauses erfolgte damals infolge heftiger Zusammenstöße mit der sozialdemokratischen Fraktion, bei denen seine Geschäftsführung starken Widerstand erfuhr. Seitdem ist Kröcher mehr und mehr aus der ersten Salzkristalle der politischen Kämpfe zurückgetreten, trotz wohl auch sein hohes Alter beizugehen (er ist 1846 geboren und fast 72 Jahre alt geworden). Auch dem Reichstage hat Kröcher lange Zeit als Mitglied angehört, er wurde 1898 für den Wahlkreis Salzweh-Gardelagen gewählt und vertrat diesen bis 1913. In diesem Jahre wurde seine 1912 erfolgte Neuwahl für ungültig erklärt, bei der erneuten Wahl eroberte der Führer des Bauernbundes Dr. Böhm das Mandat. Jordan v. Kröcher war der vollendete Typus des konservativen Adligen, von Intransigenz, Verrennbewußtheit und ganz und gar mit den Anschauungen und Traditionen seiner Klasse verwachsen. Infolgedessen vertrat er politisch den Standpunkt äußerster konservativer Unnachgiebigkeit, freilich nicht aus irgendwelcher Verberei, sondern aus der mit seinem Ich verwachsenen inneren Überzeugung.

## Hilfsdienstausschuß.

Am Donnerstag tagte der Hilfsdienstausschuß, um eine Reihe Eingaben zu erledigen.

Zu einer lebhaften Aussprache führte die Einziehung von Militärgeldern der Hilfsdienstausschüsse. Von einem Vertreter des Kriegsausschusses wurde erklärt, daß bei solchen Einziehungen nur militärische Gründe maßgebend seien, übergreifend sei der Hilfsdienstausschuß nicht zuständig. Dem wurde entschieden widersprochen und eine in einer solchen Sache eingereichte Petition dem Aircadamt zur Erwägung überwiesen.

Das Kriegsamt in Hannover hat in einem Aufsatze die für die heftigen Gesetze gefascht die vaterländische Gesinnung haben. Aus dem Hilfsdienstausschuß heraus wird betont, daß eine solche Vorbedingung nicht zulässig ist. Von Vertretern des Kriegsausschusses wird erklärt, daß dieser Ausdruck mißverstanden werden kann.

Abg. Dittmann bringt einen Fall des Mißbrauchs des Hilfsdienstausschusses zur Sprache. Ein Kriegsdienstverweigerer ist aus einer Stellung in einem kriegswichtigen Betriebe herausgerissen und dem Gutsvorstand in Prognostik zur Arbeit überwiesen worden. Der Gutsvorstand, der nur kräftige Leute brauchen kann, lehnte die Einstellung des Mannes ab und beschwerte ihn, daß er zu schwerer Arbeit nicht brauchbar sei. Das hatte zur Folge, daß der Mann längere Zeit keine Arbeit finden konnte. Bei der Untersuchung hat der Offizier dem Mann erklärt: „Sie haben sich hier anständig zu betragen, zwei Kreuze haben Sie schon“. Das beweist, daß hier politische Gründe maßgebend haben.

General Schaub gab zu, daß der Fall richtig geschildert wurde und erklärte, daß dieses Vorgehen scharf mißbilligt worden sei. Abg. Bauer schloß sich dieser Verurteilung an, das Hilfsdienstgesetz dürfe unter keinen Umständen zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Der Ausschluß stimmte einstimmig zu.

Abg. Bauer berichtet dann den Mißstand, daß eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Kohlenmangels feiern müssen. Entweder müsse man diesen Arbeitern eine Entschädigung gewähren oder ihnen sofort den Abfehrschein geben. Jedenfalls dürfen die Arbeiter nicht geschädigt werden.

General Schaub: Das Kriegsamt hat den zuständigen Stellen bereits empfohlen, diesen Mißstand zu beseitigen, es durch Zuweisung anderer Arbeit am gleichen Orte. Eine zentrale Regelung ist vorgesehen. Abg. Gothein meint, daß in diesem Falle Kriegsschäden vorliegen und daß infolgedessen die Gemeinden eingreifen müßten. Das Reich hätte diese Ausgaben dann zu ersetzen. Abg. Bauer setzt auseinander, daß den Arbeitern auf Gemeindeunterstützung nicht gebüht sei, sie liegen Wert darauf, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Bei der Regelung der Entschädigung solle man auch Vertreter der Arbeiter zuziehen. General Schaub sagt dies zu. Abg. Giebel schloß abgehend die wichtige Ungenügsamkeit der gemeindlichen Unterstützung. Hier ist Sparsamkeit am wenigsten am Platze.

## Letzte Nachrichten.

Graf Ludow auf Neu-Seeland interniert.

Dresden, 10. Januar. Graf Ludow vom Hilfskreuzer *See Adler* ist, wie sein Vater mitteilt, unverwundet in Melville auf Neuseeland interniert.

## Massenverbreitung der Wilsonbotschaft.

Amsterdam, 10. Januar. Die „Times“ erfahren: Sofort, nachdem Wilson keine Rede verlesen hatte, traf er Maßnahmen, um diese Botschaft so weit wie möglich zu verbreiten und sie vor allem in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten und Rußland bekanntzumachen. Der Text seiner Botschaft wurde nach allen Enden der Welt telegraphiert, die auf drablosem Wege, durch Heberjehabel und Ueberlandzentralen erreicht werden konnten. Eine Million Exemplare, die in deutscher Sprache verfaßt sind, werden von Niagara in die deutschen Schatzkammern abgemworfen werden. Ferner werden Exemplare der Botschaft nach jeder Stadt und nach jedem Dorf Rußlands gesandt. Der Text wird in allen russischen Blättern veröffentlicht werden. Auch der Schweiz und den anderen neutralen Staaten wird die Botschaft in vielen Exemplaren zugesandt werden. Ferner wird sie in alle slavischen Sprachen übersetzt und in den slavischen Ländern mit allen nur möglichen Mitteln verbreitet werden.

Das Reutersche Bureau telegraphiert Bemerkungen englischer Blätter, in denen die Botschaft als ergänzende Erklärung zur Rede Lloyd Georges begrüßt wird. „Daily News“ sagt: Die Rede Wilsons bedeutet die tatsächliche Zustimmung Amerikas zu den von Lloyd George ausgesprochenen Friedensgrundrissen. Das gemeinsame Programm des Präsidenten und des britischen Premierministers vertritt sich in allen Punkten mit der Politik, die die russische Delegation in Brest-Litowsk einschlug. Die Alliierten haben endlich ihre Absichten so klar festgesetzt, daß weder Freund noch Feind, noch die Neutralen sie mißverstehen können.

## Arbeiterentlassung in Schweizer Munitionsfabriken.

Bern, 10. Januar. (Frankf. Ztg.) Wie verschiedene Blätter melden, haben die Munitionsfabriken in der Schweiz mehr als 1500 Arbeiter aus bis jetzt unbekanntem Grunde entlassen. Man glaubt, daß eine Verminderung der Beiträge und der Beschäftigten Frankreichs und Englands für 1918 eingetreten sei.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gegen Papiernot und Papierwucher!

Zu einer Protestbewegung gegen die immer unhalbareren werden den Zustände auf dem Gebiete der Papierbeschaffung und -Verforgung ist die Organisation für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer erschienen. Der „Korrespondent“ vom 10. Januar bespricht in einem längeren Artikel die aufsteigende Gefahr, die die wachsende Papiernot nicht nur für die Verleger von Zeitungen und Zeitungskritiken, sondern auch für die Buchdrucker und die anderen graphischen Arbeiter bedeutet. Wie die Dinge sich jetzt gestalten, siehe zu befürchten, daß es den Buchdruckern usw. erzeuge, wie den Zeitungsarbeitern, die nur vier oder fünf Tage in der Woche arbeiten können. Und den Prinzipalen droht selbst die Vernichtung ihrer Existenz. Die am 10. Nov. vor. Jahres auftraggemäß vom Tarifamt an den Reichsanwalt gerichtete Eingabe um Abstellung der Skandalität sei bis jetzt unbeantwortet geblieben. Es sei daher die Pflicht der Organisation, die Initiative zu einer Protestbewegung durch Versammlungsbeschlüsse zu ergreifen.

Am kommenden Sonntag, den 13. Januar, sollen die Kollegen in allen größeren Städten ihre Stimme gegen die das ganze Gewerbe schwer schädigende mangelhafte Papierverforgung zu erheben. Diese Versammlungen sind als Vereinderfassungen gedacht, zu denen auch die Angehörigen der übrigen graphischen Organisationen eingeladen werden können. Von jeder Versammlung soll alsdann eine Eingabe an den Reichsanwalt gerichtet werden unter Anlehnung an die vom Tarifamt im November des vorigen Jahres bereits abgegangene.

## Die Gewerkschaften und die Jugend.

Der Gewinnung der Jugend widmen neuerdings die christlichen Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit. Zweifellos mit Recht: denn der jugendliche Arbeiter spielt heute im Wirtschaftsleben eine ganz andere Rolle als vor dem Kriege. Nicht nur ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gewaltig gewachsen; sie sind auch in überaus zahlreichen Fällen an die Stelle des erwachsenen Arbeiters im Betriebe getreten. Ihre Wichtigkeit für den Produktionsprozeß, für den Unternehmer und damit auch für die Gewerkschaften hat sich ganz bedeutend erhöht.

So befaßt sich das Dezemberheft der „Deutschen Arbeit“, der Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft, ausschließlich mit der Frage der Gewinnung der Jugendlichen für die christlichen Gewerkschaften. In verschiedenen Artikeln wird dieses Thema behandelt, insbesondere auch einem engeren Zusammenarbeiten der christlichen Jugendpflegeorganisationen mit den christlichen Gewerkschaften das Wort geredet. In diesen Artikeln findet sich vieles, was auch für die freien Gewerkschaften sehr beachtenswert erscheint. So schreibt zum Beispiel Johann Schwaiblmair unter der Überschrift „Zum Stande der Jugendfrage“, daß die Jugendfrage größtenteils, wenn nicht hauptsächlich, Arbeiterjugendfrage werde. Die Jugendfrage ist für die Gewerkschaften nicht allein Nachwuchsfrage. Vielmehr wird der jugendliche Arbeiter ein Faktor von größter Wichtigkeit für die Einleitung und den Ausgang von Lohnbewegungen usw. Infolge ihrer bedeutenden volkswirtschaftlichen Stellung könne die Jugend nicht länger Objekt zur Lösung der Jugendfrage sein; sie wird vielmehr in Zukunft ganz andere Ansprüche an Leben stellen als früher. Die christlichen Gewerkschaften müssen daher die neuen Notwendigkeiten in Bezug auf die Jugend erkennen.

Dies gilt in gleicher Weise auch für die freien Gewerkschaften. Auch sie haben allen Anlaß, sich über die Wichtigkeit dieser Frage klar zu werden und der Gewinnung der Jugend die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

## Die Korbmacher im Jahre 1917.

Der Gewerkschaftsbereich bedingt in der Kriegszeit das Arbeitsfeld der Korbwarenindustrie. Rund 80 000 Personen sind in Deutschland mit der Herstellung von Korbwaren beschäftigt. Die Zahl der weiblichen Arbeiterinnen, die früher nur gering war, ist in den Kriegsjahren ständig gestiegen. Wie der Obmann der Zentral-Kommission der Korbmacher in einer Versammlung am Dienstag ausführte, war die Zahl der auf Korbwerke arbeitenden Frauen und Mädchen im Jahre 1916 bereits auf ein Drittel der insgesamt Beschäftigten gestiegen und im Jahre 1917 ist sie auf zwei Drittel angewachsen. Der Organisation — dem Deutschen Holzgewerkschaftsbund — gehören nur rund 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Korbwarenindustrie an. Schon vor dem Kriege belief sich die Zahl der Organisierten auf 2600. Sie hat sich also trotz des starken Zuwachses an Arbeitnehmern nur um 400 vermehrt, obgleich es die Organisation an Bemühungen, neue Mitglieder zu gewinnen, nicht hat fehlen lassen. Namentlich die weiblichen Arbeiterkräfte sind dem Organisationsgedanken nicht zugänglich. Sie vermögen es nicht einzusehen, daß sie es in erster Linie der unermüdbaren Tätigkeit des Verbandes zu danken haben, wenn die ehemals ungewöhnlich niedrigen Löhne in der Korbwarenindustrie in den letzten Jahren auf eine erträgliche Höhe gebracht worden sind. Nachdem es der Verband durchgesetzt hatte, daß die preussische Heeresverwaltung im Juni den Tarif anerkannte und ihren Lieferanten vorkaufte, vom 1. Juli ab die vereinbarten Tariflöhne zu zahlen, war der Weg frei, um den Tarif in der ganzen Industrie zur Durchführung zu bringen. Das ging jedoch nicht ohne Schwierigkeit und die Zentralkommission hatte viel Arbeit, um bei den Fabrikanten die Innehaltung des Tarifs durchzusetzen. Meistens war das immer erst möglich nach Anrufung der zuständigen militärischen Stelle, welche mit der Entziehung ihrer Aufträge drohte für den Fall, daß die Tariflöhne nicht bezahlt werden. Die Korbwarenfabrikanten haben auch keine Organisation, die stark genug wäre, um ihre Mitglieder zur Zahlung der Tariflöhne anzuhalten. Daraus erklärt es sich zum Teil, daß es heute noch Fabrikanten gibt, die den Tarif nicht beachten und Löhne nach ihrem Belieben zahlen.

In Thüringen, wo etwa 80 000 Personen, zum großen Teil in der Heimarbeit, auf Korbwerke beschäftigt sind, machten die dortigen Unternehmer der Holz-, der Glas-, der Spielwarenindustrie einen Vorstoß gegen den Korbwarentarif. In einer Eingabe an das Oberkommando in Kassel behaupteten sie, die Korbmacher verdienten zu hohe Löhne, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Industriezweige der Korbwarenerzeugung zuwenden, und daß eine Herabsetzung der Korbwarenlöhne notwendig sei, um den übrigen Industriezweigen die Arbeitskräfte zu erhalten. Diese Eingabe wurde geprüft durch Angaben der Sonneberger Handelskammer, wonach die Korbmacher über 100 M. in der Woche verdienen sollten. Der Obmann der Zentralkommission hat diese Angaben an Ort und Stelle geprüft und einwandfrei festgestellt, daß sie sehr stark übertrieben sind. Bei den angegebenen hohen Löhnen handelt es sich um Heimarbeiter, die drei bis vier Hilfskräfte beschäftigen, der ganze Verdienst aber vom Fabrikanten auf den einen Arbeiter gebührt ist, mit dem er abrechnet. Aber noch etwas anderes hat sich bei der Nachprüfung durch den Obmann herausgestellt. Um den durch die Kriegsverhältnisse, drohend gewordenen Arbeitern der Glaswarenindustrie in Lauscha Beschäftigung zu verschaffen, hat die Gemeinde eine Werkstatt für Korbwerke eingerichtet, die unter der Leitung des Bürgermeisters steht. In dieser städtischen Werkstatt erhalten die Arbeiter nur die Hälfte des Tariflohnes. Diesem Beispiel des städtischen Betriebes sind auch die privaten Unternehmer in Lauscha gefolgt. Diese Angelegenheit ist der zuständigen Militärbehörde gemeldet worden und wird voraussichtlich dadurch erledigt werden, daß die Unternehmer sowie der städtische Betrieb zur Zahlung der Tariflöhne angehalten werden.

Jetzt ist es die Militärverwaltung, welche den Korbmachern bei der Durchführung des Tarifs zur Seite steht. Das wird aufhören,

so bald die Kriegsarbeiten beendet sind. Dann sind die Arbeiter auf sich allein angewiesen. Das muß sie also veranlassen, ihre Organisation zu stärken, damit sie jedem Versuch, die Löhne zu drücken, mit Erfolg entgegenzutreten können.

## Ueber merkwürdiges Verhalten der Krankenkassen-Vorstände

gegenüber dem Verband der Bureauangestellten Berichtete in einer Versammlung der Groß-Berliner Krankenkassenangestellten der Bevollmächtigte Krüger. Im Juni traten die Kassenangestellten durch den Verband an die Vorstände wegen Erhöhung der Feuerungszulagen heran. Mit Rücksicht auf die damals noch bestehenden niedrigen Feuerungszulagen der Stadt Berlin, nach denen sich die Krankenkassen richten sollten, forderten die Angestellten nur 60 Mark pro Monat für Verheiratete, 50 Mark für Unverheiratete über achtzehn Jahren, 40 Mark für Unverheiratete unter achtzehn Jahren und 10 Mark für jedes Kind. Die Kassenvorstände waren der Meinung, daß diese Forderungen zu hoch seien und es kam schließlich eine Verständigung auf der Grundlage von 50, 40, 25 und 7,50 M. zustande. Das Verlangen der Vorstände, die Angestellten sollten sich verpflichten, bis zum 1. April 1918 keine neuen Forderungen zu stellen, wurde von der Organisation abgelehnt. Nachdem wieder der Preussische Staat wiesentlich höhere Feuerungszulagen einführte und die Stadt Berlin ihren Angestellten erheblich höhere Sätze gewährte, traten die Kassenangestellten erneut mit Forderungen an die Kassenvorstände heran. Entgegen den bisherigen Gepflogenheiten wurden zu den Beratungen über die Neuregelung der Feuerungszulagen ein Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten nicht hinzugezogen. In der Vorstandssitzung, in der die endgültige Beschlußfassung erfolgte, wurde zwar der Verband eingeladen, aber die Zulassung seines Vertreters dann abgelehnt. Dieses Verhalten der Kassenvorstände gegenüber der Organisation, der etwa 95 Proz. der Angestellten und Hilfsarbeiter der Krankenkassen angehören, hat unter den letzteren lebhaften Entrüstung hervorgerufen. Auf eine Beschwerde des Verbandes haben auch verschiedene Kassenvorstände zum Ausdruck gebracht, daß sie mit dem Beschluß jener Vorstandssitzung nicht einverstanden sind, sondern in den Angelegenheiten die Verhandlung und Verständigung mit der Organisation wünschen. Benötigt sind jetzt folgende Feuerungszulagen: Verheiratete 80 M., Unverheiratete über 18 Jahren 60 M., Unverheiratete unter 18 Jahren 40 M., für jedes Kind 10 M.

Der Verlauf der Bewegung zeigt, daß auch die Krankenkassenangestellten nur durch eine geschlossene Organisation ihre berechtigten Interessen vertreten können. An den mit großem Beifall aufgenommenen Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der das Verhalten der Vorstandssitzung vollste Zustimmung fand. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Die am 8. Januar versammelten Angestellten, Beamten, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Groß-Berliner Krankenkassen sprechen dem Verband der Bureauangestellten für die jederzeitige tatkräftige Vertretung ihrer Interessen ihren Dank und ihr festes Vertrauen aus. Die Versammlung bedauert lebhaft, daß die Kassenvorstände bei der letzten Regelung der Feuerungszulage ohne sachliche Gründe eine Verhandlung und Verständigung über die Wünsche der Angestellten mit den Vertretern des Verbandes abgelehnt haben. Damit wird den Angestellten die einzige Möglichkeit zur Vertretung ihrer Interessen genommen. Die Versammlung erwartet mindestens von den Arbeitnehmervertretern in den Vorständen, daß sie in Zukunft dafür eintreten werden, daß die Angestelltenorganisation anerkannt wird, und daß die Kassenvorstände nicht reaktionärer sind als das Königliche Oberversicherungsamt, welches stets in entgegenkommender und bereitwilliger Weise mit dem Verband verhandelt hat.

Die Versammlung beauftragt gleichzeitig den Verband, erneut an die Kassenvorstände den Antrag auf Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage nach dem Vorbilde der Gemeinden zu stellen.

Der Verein der Deutschen Zeitungs- und Druckerbeamten e. V. beschloß in einer fürsichtlich in Hannover abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft freier Anstelltenverbände. Als Delegierter wurde Herr S. Hirtzsch, Berlin, gewählt.

## Parteinachrichten.

### Bernerstorfers Begräbnis.

Wien, 9. Januar. Heute fand unter großer Beteiligung der Wiener Arbeiterchaft das Beisetzungsbegehren des Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, des sozialdemokratischen Abgeordneten Engelbert Bernerstorfer, statt. In Vertretung der Regierung nahmen die Minister Venhans, Höfer, Matzka, Donan und Graf Loggenburg teil. Präsident des Abgeordnetenhauses Groß und Genosse Dr. Viktor Adler hielten warm empfundene Reden.

### Die Unabhängigen und die Jugend.

Die zur Agitation unter der Jugend im „Mitteilungsblatt“ der Berliner Unabhängigen eingerichtete besondere Jugendbeilage enthält in ihrer letzten Nummer einen längeren Artikel „Kritik und Ausblick“, der feststellt, daß der zu den „Unabhängigen“ haltende Teil der Jugendbewegung über „tollende Verhältnisse noch nicht viel hinausgekommen ist“ und „weder der Zahl noch der Betätigung nach Anlaß zur Zufriedenheit gibt“. Auch werden in diesem Artikel die Jugendlichen über die Kriegspolitik der „Regierungsozialisten“, insbesondere natürlich über deren Kreditbewilligung „belehrt“ und behauptet, daß die Jugendbeschäftigungen nur deshalb außer Kraft gesetzt werden können, weil die Sozialdemokratie durch die — Kreditbewilligung zur Erfolglosigkeit verurteilt sei. Bekanntlich ist zu Beginn des Krieges eine Bundesratsverordnung erlassen, die die Wirkung hatte, daß die ohnehin sehr dürftigen Jugendbeschäftigungen zum weitaus größten Teile außer Kraft gesetzt wurden. Dies hat mit der langen Dauer des Krieges zu höchst bedenklichen Zuständen geführt. Die überlange Arbeitszeit, die Nachtarbeit und in Verbindung damit auch die ungenügende Ernährung sind zu einer ersten Gefahr für den Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen geworden, so daß selbst der Reichsanwalt in einem vor einiger Zeit erlassenen Erlaß auf diese Gefahr aufmerksam machen mußte. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat nun als die berufene Sachwalterin des jugendlichen Industrie-Proletariats sich der Interessen der Jugendlichen tatkräftig angenommen und zu wiederholten Malen die restlose Wiederherstellung des Jugendschutzes verlangt. Leider waren diese Bemühungen bisher erfolglos.

Der Artikelstreiter glaubt nun, diese Bemühungen der Zentralstelle in einer für die Arbeitende Jugend so außerordentlich wichtigen Frage mit einigen positiven Bemerkungen abtun zu können und macht für das Ergebnis dieser Bemühungen — bei denen auch die unabhängigen Jugendvertreter, die bis vor einem Jahre der Zentralstelle angehörten, eifrig mitgewirkt haben — die Kriegspolitik und Kreditbewilligung der „Regierungsozialisten“ verantwortlich. Käuflichkeit erscheint, warum unter solchen Umständen die Unabhängigen mit ihrer Politik der Kreditverweigerung nicht schon längst die Wiederherstellung des Jugendschutzes erreicht haben. Darüber geht der Artikelstreiter mit Stillschweigen hinweg, ebenso wie über die Tatsache, daß die Unabhängigen in dieser bedeutenden Frage bisher so gut wie nichts getan haben.

Wenn in dem Artikel dann einer „kraftvollen, umfassenden proletarischen Jugendbewegung“ — selbstverständlich unter Ausschaltung der „Arbeiter-Jugend“ und der Zentralstelle — das Wort geredet wird, so darf man daran erinnern, daß es gerade die „Un-

abhängigen“ gewesen sind, die vor etwa einem Jahre ohne jeden erheblichen Grund auch die Jugendbewegung gespalten und damit deren kraftvolle Geschlossenheit selbst gestört haben!

## Industrie und Handel.

### Neue Bankverschmelzung.

Die Dresdner Bank hat mit der Döbelner Bank in Döbeln, deren Aktienkapital 3 500 000 M. beträgt, ein Abkommen getroffen, wonach die letztere als Ganzes mit ihren Niederlassungen in Döbeln, Kötzschau, Waldheim und Horst mit Wirkung ab 1. Januar 1917 durch die Dresdner Bank übergeht. Die Dresdner Bank beabsichtigt durch die Übernahme des alten angesehenen Döbelner Instituts ihre bedeutenden, weitverzweigten Beziehungen zum Wirtschaftsleben Sachsens weiter auszubauen und zu den in Frage kommenden Bezirken, zu denen sie bisher durch eigene Niederlassungen noch nicht vertreten war, in noch engere Fühlung zu treten.

### Die Sperrung deutscher Guthaben in Oesterreich.

Vor einiger Zeit erregte es in Oesterreich lebhaften Unwillen, als die Reichsbank die Sperrung der österreichischen Guthaben in Deutschland bis zwölf Monate nach dem Kriege anordnete, es sei denn, daß eine schriftliche Genehmigung der Reichsbank zur anderweitigen Verwendung vorliege, oder die Guthaben zur Abtragung österreichischer Schulden in Deutschland verwendet werden. Man mußte aber schon damals, daß es sich mit dieser einseitigen Maßregel um nichts mehr als um eine Siedel der Verärgertung gegenüber der Praxis der österreichisch-ungarischen Devisenzentrale handelte, die die Pfändung deutscher Guthaben in Oesterreich untersagte und eine Sperre in der Weise anordnete, daß die Gelder bei einer Bank in Oesterreich-Ungarn hinterlegt werden mußten, während den ausländischen Gläubigern nur die Guthaben zugestimmt wurde. Dadurch wurden natürlich erhebliche Beträge zum Schaden deutscher Kaufleute immobilisiert. Würden die deutschen Kaufleute sie verwenden, so könnten sie in heftigen Fällen bei ihrer deutschen Bank auf Grund des österreichischen Guthabens ein hoch verzinsliches Darlehen aufnehmen, wobei sie noch außerdem das Währungsrisiko zu tragen hätten. Die Wiedervergeltung durch die Reichsbank scheint also vollkommen gerechtfertigt. Wie der Deutsche Gläubiger-Schutzverein für Serbien nun mitteilt, hatte die Wohnbank der Reichsbank noch einen ganz besonderen Grund. Die österreichische Regierung sperre in der angegebenen Weise nicht nur die deutschen Guthaben in Oesterreich, sondern verbiete auch die Auszahlung der fällig gemachten deutschen Guthaben in Serbien. Der Gläubigerschutzverein für Serbien wandte sich vergeblich an das deutsche auswärtige Amt und an die deutsche Botschaft in Wien. Erst mit Hilfe von Geschäftsfreunden in der österreichischen Großfinanz konnte wenigstens für die Einziehung der deutschen Guthaben in Serbien gesorgt werden. In letzter Zeit sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Thema nächstlich des Besuches des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Bekerle und des österreichischen Finanzministers Dr. Wimmer in Berlin zur Sprache kommt.

Papiermangel in Ungarn. Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, wonach sämtliche Publikationsorgane mit Sperre belegt werden. Son nun an darf die Presse nur mit Bewilligung des Handelsministers in Verkehr gebracht werden.

### Kriegswirkungen in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten hat der Krieg auf den Welt- und Effektenmarkt ganz anders als in Deutschland gewirkt. Hier schuf der Ausverkauf aller Waren die fälligen Mittel, um die Arrogas-Posten vorerst zu decken und dann trat die Rentenpresse in Tätigkeit. In den Vereinigten Staaten ist natürlich kein Anlaß zu einem Ausverkauf aller Waren, und so kommt es, daß die finanziellen Kriegserfordernisse zu einer außerordentlichen Geldverknappung führen, welche die industriellen Unternehmen hindert, neue Anlagen zu errichten und notwendige Reparaturen vorzunehmen. Die „Birmingham Daily Post“ bringt folgendes bemerkenswertes Telegramm aus Washington: Die Bethlehem Steel Company erhielt von der Regierung einen Vorstoß in Höhe von 400 000 \$, weil es ihr unmöglich war, anderweitig die nötigen Beträge aufzutreiben, um ihre Kontrakte zu erfüllen.

Zum Teil auf dieselbe Ursache ist die Verknappung der amerikanischen Eisenbahnen für die Kriegsdauer zurückzuführen. Sie wird von dem Präsidenten Wilson damit gerechtfertigt, daß dieser Krieg nicht weniger ein Krieg der Hilfsmittel als der Menschen, vielmehr sogar mehr der Hilfsmittel, als der Menschen sei. Darum sei es notwendig, die Eisenbahnen unter eine Autorität und nach vereinfachten Methoden der Zusammenarbeit zu verwenden, was unter privater Direktion und Kontrolle erwiesenermaßen nicht möglich war. Diese scharfe Kritik des Kontrollen Kapitalismus in dem Lande seiner unbedenklichsten Herrschaft ist besonders bemerkenswert. Die Eisenbahnen können besonders deswegen ihren Aufgaben nicht gerecht werden, weil sie aus Geldmangel ihren Güterwagenpark nicht vermehren können, so daß jetzt die Vereinigten Staaten, das sozialreichste Land der Welt, unter einer regelrechten Kohlennot zu leiden beginnen.

Die Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahnen ist die größte Aktion dieser Art, um welche Eisenbahnbaue es sich handelt, möge aus folgenden Zahlen ersehen werden: Die Länge der Bahnen betrug 1912 nicht weniger als 402 887 Kilometer gegen nur 62 734 Kilometer in Deutschland! Der Wert der Aktien und Obligationen belief sich auf 1 676 165 898 bzw. 1 020 125 950 Pfund Sterling, das gesamte in den Bahnen angelegte Kapital auf 4 867 872 155 \$, d. h. 86 Milliarden Mark. Im Jahre 1910 stellte sich die Verzinsung der fremdenländischen Schuld im Durchschnitt auf 3,79, diejenige der Aktien auf 3,64 Proz. Die gesamten Verkehrseinnahmen innerhalb eines Jahres beliefen sich auf 580 916 000, die Betriebskosten auf 377 104 000 \$, d. h. in den Vereinigten wurden innerhalb Jahresfrist 988 785 000 Personen befördert, im Güterverkehr 1 822 241 000 Tonnen. Diese Leistung wurde bewerkstelligt von 63 030 Lokomotiven, 38 000 Personenwagen und 2 297 620 Güterwagen.

Zweifellos spielen auch politische Gesichtspunkte bei der Eisenbahnverstaatlichung eine gewisse Rolle. Einmal soll den sehr zahlreichen, als Wählern einflussreichen Besitzern von Eisenbahnaktien und Schuldverschreibungen die Gewährung eines ruhigen Zinsgewinnes aboten werden. Darum werden den Eigentümern von Aktien wie folgt folgende Bedingungen gestellt: 1. Das Eigentum der Bahnen ist während der Dauer der Staatskontrolle in ebenso gutem Zustande als bei der Übernahme zu erhalten, 2. Die Bahnen sollen eine Verzinsung bekommen, welche dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vor dem 30. Juni 1917 entspricht.

Auf der anderen Seite bietet die Verstaatlichung die Gewähr dafür, daß sich eine eventuelle Erhöhung der Tarife im Rahmen des Notwendigen hält und zum produktiven Ausbau der Eisenbahnen verwertet wird.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. a. G. Gumburg). Illale Baumhulsenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 12. Januar, abends von 8<sup>1/2</sup> bis 10 Uhr, im Lokal von Borg, Obenstraße 101, die Kirschkirche, laßert wird.

Verantwortlich für Politik: Erich Rauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Inserate: Dr. Giese, Berlin, Traut u. Verlag: Hermanns Buchverlag, Berlin; Druck: Paul Singer & Co., Berlin SW.